

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 M. Anzeigenpreis die 6 gespalt. Colonienzeile für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Sei ein rechtschaffener Mensch!

„Du nicht, als wenn du Tausende von Jahren zu leben hättest. Der Tod schwebt über deinem Haupte. So lange du noch lebst, so lange du noch kannst, sei ein rechtschaffener Mensch.“

Mark Aurel.

Wenn auch der Tod bei Verwandten und Bekannten anklopft, so wohnt doch in gesunden Menschen, die nicht von der Verbosheit unserer Tage angekränkt sind, das Gefühl der Lebenssicherheit. Leise Mahnungen oder stärkere Memento mori werden energisch abgewiesen. Wohl findet man bei überreizten Naturen häufig Angst vor dem Tode, welche die Lebens- und Schaffensfreudigkeit im Keime erstickt. Da der Tod als unumstößliche Tatsache in jedes Menschenleben eintritt, ist es vernünftig, ihm mit klarem Bewußtsein die Beachtung zu schenken, die ihm gebührt. Er ist der Abschluß des diesseitigen und zugleich das Eingangstor des jenseitigen Lebens. Das Tragische des Sterbens liegt darin, daß sein Zeitpunkt in einer dunklen, unbekanntem Zukunft liegt.

Darum hätte es wenig Sinn, sein Wirken, seinen Fortschritt auf künftige Jahre zu verschieben und die Gegenwart dem mühelosen Genuße zu widmen; denn wer gibt die Gewähr für eine Schaffensmöglichkeit in einer ungewissen Zukunft! Wie mancher möchte auf dem Sterbebette dem Tode Tage und Jahre abringen, um doch endlich ernst mit dem Leben und seinen Forderungen zu machen! Doch wenn die Nacht einbricht ist Tagesarbeit nicht mehr möglich.

Gewiß gehdrt sittlicher Mut dazu, dem Tode fest ins Auge zu schauen; andrerseits lodt er auch als das Ziel. Wenn man jeden Tag als ein Geschenk des Himmels betrachtet, und ihn benutzt als die Gelegenheit, gut und rechtschaffen zu leben und besser zu werden, um reifer zu werden für ein höheres Leben, dann verliert der Gedanke an den Tod seine Bitterkeit. Er spornt an zu tüchtiger Benutzung der Zeit, zur würdigen Annäherung an die letzte Station des irdischen Lebens und den Eingang in ein ewiges Glück. Eine Vertrautheit mit dem Gedanken an ein fähiges Scheiden aus dieser Welt überwindet den Reizsinn und weckt neue Lebenskräfte.

Beharrliche Arbeit!

Es war im Frühjahr 19...; einen so herrlichen Frühling hatte ich lange nicht erlebt. Die Sonne war daran, die Erde förmlich zu verjüngen. Trotzdem war meine Stimmung nicht rosig. Aus der Mitgliederliste hatte ich nämlich festgestellt, daß sich unsere Zahl fast allein aus einem Werke rekrutierte, obwohl zehn Metall- und Eisenwerke am Orte vorhanden waren. Ganz besonders lag mir die „Hoffnung“ im Magen. Dieses Werk beschäftigte mehrere tausend Leute — es gehörte zum gemischten Schwerindustriethyp — bei uns waren aber nur 65 Arbeiter dieses Werkes organisiert. Das frappte mich umso mehr weil wir auf einem andern Werke dieser Art mit gleicher Arbeiterzahl mehrere hundert Mitglieder zählten. Selbstverständlich mußte das anders werden; aber wie? Selbst war ich erst einige Monate am Ort und kannte den Arbeitsprozeß der „Hoffnung“ nur dem Namen nach. Was lag da näher, als die Kollegen nach den Gründern dieser Erscheinung auszuforschen.

Ich erfuhr viel. Die „Hoffnung“ war in vier Ressorts gegliedert, die wiederum aus einer Anzahl Produktions- und Reparaturwerkstätten mit den zugehörigen Transportabteilungen bestanden. Fast von allen erhielt ich die Arbeiterzahlen und zum Teil auch das Organisationsverhältnis. Unter der Hand suchte ich jetzt einzelne Kollegen für eine intensive Agitation auf der „Hoffnung“ zu interessieren. Sie versprachen auch allerhand, aber gemacht wurde — nichts. Die Aufnahmescheine wiesen es aus. In den nächsten vier Wochen gingen ganze 5 Aufnahmen ein und die hatten wir im Arbeiterverein gemacht. Das war mir zu dumm. Unverzüglich wurde eine Konferenz der Vertrauensleute arrangiert und reichlich zwei Stunden über die „Hoffnung“ diskutiert. Alle Vorschläge meinerseits wurden angehört, aber für undurchführbar gehalten. Ja, sagten unsere Vertrauensleute, du mußt verstehen... und jetzt kamen die sprichwörtliche „besonderen Verhältnisse“ wie: Rückständigkeit, Werksohnungen, Vetterwirtschaft, Alkoholsumsum, Maßregelungsgefahr und so noch ein ganzes Duzend nicht vorhandener Gespenster.

Das Lied ist ja bekannt, wo wird es nicht in allen Tonarten gesungen; trotzdem hörte ich geduldig zu und sagte zum Schluß: „Gewiß, wie ihr die Dinge schildert, scheint das ja eine wahre Mordsbube zu sein, aber so schlimm ist es nicht, um nun allen Mut zu verlieren. Wenn der Zepelin fast vierzig Jahre an seinem Luftschiff herumgebockert hat, bis er Schleifen damit fahren konnte, dann dürfen wir auch etliche Gramm Hirnschmalz an die „Hoffnung“ anwenden.“ Aus den Gesichtern der Kollegen merkte ich, daß sie nicht an einen Erfolg glaubten. Ein älterer schwerhöriger Kollege ging gewöhnlich mit mir heim; wir waren Nachbarn. Untermwegs sagte er mir

denn auch seine Ansicht, und darauf gab ich viel. Er war Mitglied seit Gründung der Ortsgruppe und arbeitete überdies etwa 30 Jahre auf der „Hoffnung“. Was ich da zu hören bekam, war allerdings geeignet, die Aussichten zur Organisation der dortigen Arbeiterschaft unter den Gefrierpunkt sinken zu lassen. Der Kollege erzählte mir von der scharfen Sperre; seit 1893 mußte jeder Metallarbeiter, der am Orte von einem Werke zum andern übergehen wollte, erst drei Monate auswärts arbeiten, sonst war ein Wechsel der Arbeitsstelle ausgeschlossen, und kein Werk handhabte die Sperre so scharf, wie die Hoffnung. Auch nannte er mir eine Anzahl Kollegen, die auf der Hoffnung gemahregelt worden waren. So zählte er noch ein ganzes Register von Schwierigkeiten und Hindernissen auf, und schloß dann seine Darlegungen mit der Frage: „Siehst du nun ein, daß auf der Hoffnung nichts zu machen ist?“

Das sah ich natürlich nicht ein, hütete mich aber, es zu sagen. Denn hier half kein Zureden mehr, sondern es mußte gehandelt werden. Der Weg zum Ziel war mühselig, um so mühseliger, weil auf der Hoffnung die Gegner äußerst rührig waren. Durch regelmäßige Werkstattversammlungen suchte ich zunächst unsere Kollegen einander näher zu bringen. Natürlich wurde nicht die ganze Betriebsabteilung auf einmal vorgenommen, sondern jede Meisterabteilung getrennt. Die Welt wurde auch nicht durch große Flugblattverteilungen in Spannung gesetzt, sondern schrittweise ging weiter. Fensteranschlägen überläßt man besser anderen.

In den kleinen „Konventikeln“ bekamen unsere Kollegen neuer Mut und neue Spannkraft. Ihre gewerkschaftlichen Kenntnisse wurden vertieft. Mit einem Wort es kam Schwung in die Kolonne und langsam aber sicher sonderten sich unsere Kollegen von den Alkoholzerzoffen des großen Haufens ab. Da war das Spiel gewonnen. Auf der „Hoffnung“ standen jetzt eine ganze Anzahl Gewerkschaftler, die wußten was sie wollten, und inzwischen war unsere Mitgliederzahl von 65 auf 130 gestiegen. In einem Jahr eine Zunahme von 100 Proz., das war unter den widrigen Verhältnissen ein Erfolg. Weit größer war der moralische Gewinn. Unsere Kollegen sahen, es geht auf der Hoffnung vorwärts. Natürlich wurde nun systematisch gearbeitet und die geringste Kleinigkeit zum Vorwärtskommen benutzt. Es ist nicht unnötig, hervorzuheben, daß wir uns von der Hoffnung mehrere hundert Adressen zur Bearbeitung durch Hausagitation gesammelt hatten. An jedem zweiten Sonntag wurde eine Werkstatt vorgenommen durch unsere Besten. Das half. Im nächsten halben Jahre musterten wir Dreihundert von diesem Werke. Natürlich wurde durch die nie versagenden Werkstattbesprechungen die Hausagitation wirksam unterstützt. Was im Kriege das zielbewußte Kottensfeuer der Schützenlinie ist, das ist für uns die Hausagitation. Erfolgreicher wird das Kottensfeuer, wenn es wirksam von der Artillerie unterstützt wird, unsere Artillerie war hier die Werkstattversammlung.

Doch ein Wermutstropfen fiel in den Freudenbecher. Eine Abteil. der Hoffnung widerstand allen Organisationsversuchen. Es war zum verzweifeln. Alle ungünstigen Dinge schienen sich in der Wube miteinander multipliziert zu haben. In Frage kamen 120 Arbeiter im Alter von 18 bis 60 Jahren; alle waren angelehrt, der Verdienst ungleichmäßig, trotz angeblich gleichen Vorkordlagen. Der Inhalt der Lohnbütte hing von der Gunst des jeweiligen Vorarbeiters ab. Durch Liebedienerei und Angeberei suchte viele Arbeiter sich einen auskömmlichen Lohn zu ergattern. Unsere besten Vertrauensleute hatten diese Abteilung der Hoffnung aufgegeben. Schließlich gelang es doch, einen Arbeiter auch aus dieser Abteilung zu organisieren. Es war kein Kirchenlicht, aber eine treue, ehrliche Haut. Nach vier Wochen hatten wir ihn soweit, daß er Freitags seinen Beitrag brachte und sich das Verbandsorgan holte. blieb er aus, dann war einer vor uns am Sonntagmorgen bei ihm in der Wohnung und bediente ihn; so wurde er ganz allmählich ein Gewerkschaftler. Meine erste Sorge war nun, das Adressenmaterial der übrigen Arbeiter durch ihn zu erfassen. Jede Woche brachte er mir auch die eine oder andere Adresse und nach einem Vierteljahr waren zwei Duzend Adressen zusammengekommen. Diesen Leuten schickte ich eine Menge Agitationsmaterial zu, und zwar vier Wochen lang jede Woche ein anderes Schreiben und Flugblatt. Schließlich luden wir sie zur Besprechung ein mit dem Erfolg, daß — keiner kam. Unsere Vertrauensleute lachten mich aus. „Siehst du jetzt ein, daß an denen Hopfen und Malz verloren ist,“ meinten sie. Das sah ich natürlich wiederum nicht ein, sondern arbeitete unverdrossen weiter. Einigen Kollegen, die sich für die Sache interessierten, sagte ich, mir müssen Arbeiten wie ein Schuster

der Klopft auch so lange auf den Binn, bis er fest sitzt. Mancher Binn sitzt beim ersten Schlag fest, ein Teil legt sich aber um und muß, ehe er festgeklopft werden kann, von neuem aufgerichtet werden. Kein zünftiger Schuster wirft einen Binn fort. Unterdes sammelte ich weitere Adressen, verschickte pünktlich meine papiernen Grütze und suchte eine Anzahl Kollegen persönlich auf. Endlich kam auch eine kleine Besprechung zustande. Eine Ausnachsme war aber nicht zu verzeichnen. Im Laufe von vier Wochen fanden zwei weitere Besprechungen statt mit dem Erfolge, daß wir nach mehr wie einjähriger intensiver Arbeit endlich von den 120 Arbeitern ein halbes Duzend organisiert hatten. Es wurde unablässig weiter gearbeitet durch Werkstattbesprechungen und durch eine Hausagitation, an der sich 18 unserer besten Vertrauensleute beteiligten. Der Erfolg war kaum nennenswert — zwei ganze Aufnahmen in einem Vierteljahr. Ueberall sagten die unorganisierten Kollegen: „Gewiß, ihr habt Recht, ohne Zusammenschluß geht es nicht, ich möchte schon, aber die anderen.“ Es war zum Verzweifeln!

Schließlich wurde folgender Plan entworfen und ausgeführt. Alle 120 Arbeiter werden am nächsten Sonntagmorgen zu einer Versammlung eingeladen. Für jeden ist eine Hausagitationskarte zur Stelle. Unsere sechs Kollegen aus der Werkstatt sitzen an einem Tisch und legen die Karte desjenigen, der erscheint, fort. Um 1 Uhr werden die Karten derjenigen, die nicht erschienen sind, an die Bezirksvorsteher weitergegeben zur Bearbeitung durch Hausagitation, am gleichen Sonntag. Am folgenden Montagabend und Dienstagmorgen ist wieder eine Versammlung. Wir erzielen einen durchschlagenden Erfolg. In der Sonntagversammlung erschienen rund 70 unorganisierte Kollegen. Die Tagesordnung war nämlich knispredend abgefaßt. Die übrigen wurden am selben Sonntag in der Wohnung aufgesucht und bearbeitet. In der Sonntagversammlung arbeiteten wir selbstverständlich gründlich nach Strich und Faden. Nachmittags in der Hausagitation natürlich ebenso. In der Montag- und Dienstagversammlung nicht minder; unterdes arbeiteten die Neugewonnenen wacker mit. Montag über Tag und in der folgenden Nacht gab es nur eine Frage in der Werkstatt und die lautete: „Wie steht's mit dir, bist du dem Verband beigetreten?“ Kurzum, am Dienstag Mittag zählten wir 61 Aufnahmen aus der Werkstatt zusammen, die ihren Eintritt und zwei Wochenbeiträge entrichtet hatten. Das war mehr, als ich je gehofft.

Unermüdblich wurde weiter gearbeitet. Was wir da gewonnen hatten, waren noch lange keine Gewerkschaftler. Geran wie der Wassenrod und die Flinte keinen Rekruten zum Soldaten machen, macht der Aufnahmeschein den Unorganisierten zum Gewerkschaftler. Da fehlt noch ungeheuer viel, bis die im Schritt und Tritt marschieren. Und die Arbeit ist geleistet worden. Hier und da sprang auch mal einer ab, das verbroß die Kollegen weiter nicht, er kam ja doch wieder. Aber für jeden, der Absprang, legten mir die Kollegen zwei Aufnahmen auf Tisch — und so ist's geblieben. Aus der hoffnungslosesten Werkstätte der „Hoffnung“ wurde so durch beharrliche Arbeit eine der besten. Mögen die Kollegen allwärts sich dieses Beispiel aus der Praxis zur Lehre dienen lassen.

Die christlichen Gewerkschaften und die politischen Kämpfe der Gegenwart.

Wie wir bereits in unserer letzten Nummer berichtet, behandelte Kollege Stegervald das obige Thema in zwei großen christlichen Gewerkschaftsversammlungen am 2. resp. 3. März in Köln und Düsseldorf. Nachstehend geben wir den Teil seiner Ausführungen im Wortlaut wieder, der den Gewerkschaftsstreit im katholischen Lager und die damit zusammenhängenden Verdächtigungen der christlichen Gewerkschaften betrifft:

Seit 1 1/2 Jahren hat die sozialdemokratische Presse des Inlandes, dann auch eine Anzahl französischer und italienischer Blätter, in den verschiedensten Variationen immer wieder geschrieben: Nach den deutschen Reichstagswahlen stände ein kirchliches Verbot der christlichen Gewerkschaften bevor. Wir haben uns auf derartige Schreibereien nicht mehr eingelassen, da wir Wichtigeres zu tun hatten, als auf Agitationsmandover und Intrigen immer wieder in breiten Ausführungen zu antworten. Nun sind die Reichstagswahlen vorbei! Die sehrsuchtsvolle Erwartung der sozialdemokratischen Agitation ist indes nicht erfüllt worden und wird nicht erfüllt werden.

Die heutige Versammlung ist schon seit langem geplant. Ich hatte vor, mich jetzt nach den Wahlen ausführlich über die Frage des von unseren Gegnern ersehnten kirchlichen Verbots der christlichen Gewerkschaften zu äußern. Ich brauche dieses indes nicht mehr, da in den letzten Wochen zwei Kundgebungen von deutschen Bischöfen bekannt wurden, die die Laue Karten. Ich meine die Reden der Herren

Bischöfe von Bistumshelm und Baderborn. Die neueste Auffassung des Obergerichtes Romano läßt die Gegner ebenso wenig auf ihre Rechnung kommen, was sich in kurzer Zeit noch deutlicher herausstellen wird. Nachdem aber in den letzten Monaten Ströme von Linde wegen der christlichen Gewerkschaften geflossen sind, halte ich einige kurze zusammenfassende Bemerkungen dennoch für angebracht.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung wird im Ausland meist völlig unzutreffend beurteilt; sie ist etwas ganz anderes als die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in fast allen übrigen, insbesondere in den romanischen Ländern. Dort hat man es zu tun entweder mit Gruppen, die ausschließlich oder vorwiegend nach der politischen Macht streben und damit glauben, die Arbeiterklasse glücklicheren Tagen entgegenführen zu können, oder mit Organisationen, die überwiegend religiöse Zwecke verfolgen, oder aber mit anarchistischen Gruppen, die die Sabotage (Zerstörung von Produktionsmitteln) als hauptsächlichstes Kampfmittel der Arbeiterbewegung ansehen. Daß der Gewerkschaftsbewegung in ihrem ureigensten Interesse auch Aufgaben obliegen hinsichtlich der positiven Mithilfe bei Steigerung der Produktivität, der Mitarbeit an der Herbeiführung gesunder Verhältnisse im Gewerbe auf dem Wege der Vereinbarung von Gewerbegesetzen, die für das ganze Reich Gültigkeit haben (nationale Tarifverträge), das sind für die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung in den meisten romanischen Ländern heute noch entweder fast unfaßbare Begriffe, oder aber solche, die mit einer Handbewegung abgetan werden. Die klare Erfassung praktischer politischer wirtschaftlicher Zwecksetzung selbst eben dort noch fast völlig aus.

Damit hängt zusammen, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung in Deutschland unbedingt eine zentralisierte Bewegung sein muß.

Die ihr angeschlossenen Verbände können nicht anders als die betreffenden Berufsgruppen für das ganze Reich in eine einheitliche Organisation zusammenzufassen. Vereinigungen mit religiös-erzieherischen Zwecken bedürfen einer solchen Zentralisation nicht in dem gleichen Maße. So sehen wir beispielsweise die katholischen Arbeitervereine nach Dutzenden organisiert und dann föderativ zusammengefaßt. Eine derartige Organisation wäre aber für die christlichen Gewerkschaften völlig unbrauchbar. Deutschland stellt ein einheitliches Wirtschaftsgebiet dar, die deutsche Arbeiterschaft und Gewerbe-Gesetzgebung ist eine einheitliche, die Arbeitgeberverbände stehen meistens unter einheitlicher Leitung, die sozialistischen Gewerkschaften haben eine strikt zentralisierte Organisationsform angenommen, sie zählen heute in 50 Industriezweigen, die sich über das ganze Reich erstrecken, rund 2 1/2 Millionen Mitglieder.

Nationale Tarifverträge, eine großzügige Gewerbepolitik, die Umformung des Arbeitsverhältnisses, der einheitlich und systematisch ineinandergreifende Ausbau des Einigungswesens sind nicht möglich mit Lokalorganisationen irgendwelcher Art.

Die Bildung von christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereinen nebeneinander als zwei selbständige Organisationsgruppen, die sich in ihrem Aufgabengebiet gegenseitig zu ergänzen haben, ist also nicht als das Ergebnis einer freien oder allmählich liebgewordenen Idee anzusehen; diese Organisationsform und gegenseitige Aufgabenabgrenzung ist vielmehr organisch aus den deutschen Verhältnissen erwachsen und aus der Schwägung heraus zustande gekommen; daß die christliche Arbeiterchaft ihren Mann zu stellen und sich Einfluß zu verschaffen und praktische Aufgaben des Tages zu lösen hat. In den romanischen Ländern steht die Arbeiterchaft den religiös-sittlichen Bedürfnissen der Zeit meist gleichgültig gegenüber, während die christliche Arbeiterchaft in wirtschaftlicher Hinsicht fast gar nichts zu melden hat.

Dabei ist die christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands weiter gegangen als jede andere Interessengruppe. Man nenne uns doch einmal die Arbeitgeberverbände, Detailistenvereine, Kartellorganisationen, Bauernvereine, die mit kirchlichen Organisationen — als solche sind die konfessionellen Arbeitervereine in der Hauptsache anzusehen — eine Abgrenzung ihres Aufgabengebietes vornehmen und in einer Anzahl von Fragen mit diesen Organisationen zusammenarbeiten. Den Arbeitern eine Organisationsform zuzumuten, die den Forderungen des nationalen Wirtschaftslebens nicht entspricht und die sie deshalb nicht befähigen würde, an dem berechtigten materiellen Aufstiege des Arbeiterstandes mitzuwirken, kann unmöglich in den Intentionen irgend einer Kirchengemeinschaft liegen.

Trotzdem sind der christlichen Gewerkschaftsbewegung Angriffe nicht erspart geblieben, als sei sie vom religiös-kirchlichen Standpunkt aus nicht einwandfrei.

Auf diese Treibereien im In- und Auslande näher einzugehen, lehnt die christliche Gewerkschaftsbewegung, wie schon gesagt ab. Sie kann das um so mehr, als ihr grundsätzlicher Standpunkt durch wiederholte Rundschreiben in Wort und Schrift genügend geklärt worden ist. Alle die gegnerischen Darlegungen in den neuesten Zeitungen und Broschüren sind nicht als längst widerlegte Unterstellungen, die nur in einem neuen Gewande und in neuer Zusammenstellung ausmarschieren. Darum beschränke ich mich darauf, ausschließlich mit Rücksicht auf die wohlmeinenden Beobachter und Kritiker unserer Bewegung an dieser Stelle nochmals kurz den prinzipiellen Standpunkt

der christlichen Gewerkschaftsbewegung nach der religiösen Seite festzustellen. Dabei betone ich ausdrücklich, daß ich nicht etwa lediglich meine persönlichen Ideen wiedergebe, sondern namens des Vorstandes des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften rede:

Die christlichen Gewerkschaften sind gegründet worden zu dem Zwecke, um den gläubigen katholischen und evangelischen Arbeitern eine Organisation zur Verfolgung ihrer gewerkschaftlichen Interessen zu bieten, in der den einzelnen Mitgliedern keinerlei Anschauungen oder Handlungen im privaten oder öffentlichen Leben, insbesondere auch in Angelegenheiten des wirtschaftlichen Gebietes zugemutet werden, die unvereinbar sind mit den Glaubens- und Sittenlehren der katholischen bzw. evangelischen Kirche, so wie sie in diesen von der zuständigen Autorität gelehrt werden. Auf diesem Boden haben die christlichen Gewerkschaften stets gestanden und werden sie in Zukunft stehen.

Die christlichen Gewerkschaften beschränken stattdemgemäß ihr Arbeitsgebiet auf die Behandlung praktischer Fragen wirtschaftlicher Natur: die Interessensvertretung der Arbeiter im Arbeitsverhältnis und was damit zusammenhängt. Die Pflege des religiösen und sittlichen Lebens weisen sie deshalb der Kirche, der Familie und den konfessionellen Vereinen, insbesondere den Landesvereinen zu, die Förderung und Behandlung politischer Fragen den politischen Parteioptionen. Die Vertreter der christlichen Gewerkschaften haben niemals verkannt, daß im Wirtschaftsleben, wie auch sonst im Leben, Fragen aufstehen können, die das religiös-sittliche

Gebiet berühren. Warum hätten sich sonst die christlichen Gewerkschaften von den sozialdemokratischen Gewerkschaften getrennt organisiert, wenn sie nicht dieser Überzeugung wären? Es ist stets und ständig betont worden, daß der spezifisch sozialdemokratische Klassenkampf, wie er von der Sozialdemokratie in das Gewerkschaftsleben hineingetragen wird, von den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaftsbewegung nicht bloß aus nationalen, sondern auch aus religiösen Gründen abgelehnt wurde. Darüber hinaus sind sich die christlichen Gewerkschaften stets bewußt geblieben, daß die Sozialdemokratie nicht bloß eine wirtschaftliche Organisation darstellt, sondern auch aus der materialistischen Weltanschauung heraus operiert und auch diese Weltanschauung offen verteidigt. Mit Rücksicht darauf haben die christlichen Gewerkschaften stets dem zweiten Glied der christlichen Arbeiterbewegung, den konfessionellen Arbeiter-, Gesellen- und Jugendvereinen, die größte Bedeutung zugewiesen. Das haben sie insbesondere dadurch bewiesen, daß sie immer wieder ihre Mitglieder zum Eintritt in die konfessionellen Landesvereine aufforderten, in der selbstverständlichen Erwartung, daß auch die konfessionellen Vereine ihre Mitglieder den christlichen Gewerkschaften ebenso eifrig zuführen.

Neben den vorstehend dargelegten sind es hauptsächlich noch zwei Punkte, bei denen die Kritik gegen die christlichen Gewerkschaften einsetzt: 1. Deren Verhalten zum Streik. 2. Die Forderung der christlichen Gewerkschaften auf Selbstständigkeit ihrer Organisation. Was den

Streik angeht, so findet man im christlichen Gewerkschaftslager keine große Begeisterung für dieses Kampfmittel. Trotzdem kann es für die Arbeiter der Privatindustrie unter keinen Umständen entbehrlich werden: Auch die katholischen Gewerkschaften Hollands stehen wie die christlichen Gewerkschaften Deutschlands in der Streikfrage auf dem gleichen Standpunkt. Womit sollen denn zum Schluß sozialrechtlich und eigeninnige Arbeitgeber zum Nachgeben bestimmt werden, wenn die Arbeiter auf den Streik als gewerkschaftliches Kampfmittel verzichten? In der gegenwärtigen Staats-, Rechts- und Wirtschaftsordnung ist der Streik für viele Arbeitergruppen unentbehrlich. Auf Einschränkung des Streiks kann allerdings hingearbeitet werden. Dafür gibt es die verschiedensten Mittel: es kann ein Teil der Differenzpunkte zwischen Arbeitgebern und Arbeitern durch die Gesetzgebung geregelt, das Tarifwesen geordnet, das Einigungswesen viel wirksamer ausgebaut werden u. a. Aber alle Differenzpunkte werden sich mit den beschriebenen Hilfsmitteln nicht beseitigen lassen. Der Wirtschaftsorganismus ist ja im Zeitalter des Weltverkehrs und des Weltverkehrs viel zu kompliziert als daß alle möglichen Differenzpunkte durch allgemeine Gesetzgebungsmaßnahmen oder behördliche Reglementierungen behoben werden könnten. Damit würden wir wieder zurückkehren zur Ura des Polizeistaates, in der zuguterletzt das gewerbliche Leben darniederlag und sich nicht entwickeln konnte. Ein gewisses Maß freier Initiative und Bewegungsfreiheit ist im Zeitalter der Technik und schrankenloser Weltkonkurrenz sowohl im Interesse der Industrie, wie in demjenigen der Arbeitgeber und Arbeiter unentbehrlich. Die Schäden und Verluste, die zeitweise durch Streiks Arbeitgeber und Arbeiter, sowie die Volkswirtschaft erleiden, wiegen das Maß der Vorteile nicht auf, die durch die unbedingt notwendig freie Initiative und Bewegungsfreiheit der Faktoren Kapital und Arbeit der gesamten Volkswirtschaft gewährleistet werden. Eine absolut vollkommene Rechts-, Staats- und Wirtschaftsordnung wird es nie geben.

Bezüglich der Selbstständigkeit

der christlichen Gewerkschaften ist dieses zu sagen: Zunächst wollen die christlichen Gewerkschaften unter keinen Umständen eine Annahmestelle; sie beanspruchen für sich nur das, was die Organisationen der übrigen Erwerbs- und Interessentenschichten (die hunderte von Trusts und Syndikate, die mächtigen Arbeitgeberverbände, die tausende gewerblicher und bäuerlicher Genossenschaften, die Bauernvereine, die Innungen, die Detailistenverbände, die Vereinigungen der Ärzte, Juristen, Beamten u. a.) für sich als Selbstverständlichkeit betrachten und was diesen bisher noch von niemandem verwehrt wurde. Weiter müßten uns aber auch unsere Kritiker einen gangbaren Weg zeigen, wie das richtige Verhältnis zwischen christlicher Gewerkschaftsbewegung und etwa einer offiziellen Vertretung der kirchlichen Hierarchie (Beirat) hergestellt werden könnte.

Bei Zivilprozessen liegt oft die Sache so kompliziert, daß sich der Prozeß jahrelang hinzieht, und oft ein Duzend Termine zwecks neuer Beweiserhebungen angelegt werden müssen. Bei den wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter liegen in den meisten Fällen die Verhältnisse sowohl nach der Seite der wirtschaftlichen Möglichkeiten, wie auch nach der rechtlichen und moralischen Seite mindestens so kompliziert, als bei einem schwierigen Zivilprozeß. Was soll denn in einer solchen Situation eine kirchliche Stelle tun, wenn sie zur Entscheidung angerufen wird? Soll sie die meist in der Mehrzahl befindlichen sozialdemokratischen und evangelischen Arbeiter oder die meist evangelischen Arbeitgeber als Zeugen vernehmen? Oder soll sie bei kompliziert liegenden Fällen den Streitgegenstand so lange vertagen, bis die Verhältnisse genügend geklärt sind? An solche Rathschläge wird sich ohne Zweifel weder die Mehrzahl der Arbeitgeber, noch die Mehrzahl der Arbeiter wenden, weil dabei in vielen Fällen die günstigen Konjunkturen und Situationen und damit die Voraussetzungen zu gewerkschaftlichen Erfolgen verstrichen wären.

In den letzten Jahren sind

mehrere Fälle

bekannt geworden, in denen Arbeitervereinspräsidenten in Industrieorten sich energisch der Rechte der Arbeiter annahmen. Was war die Folge? Die Fabrikanten und ihr Anhang — verständlich ließen sich selbst eine Anzahl Arbeiter zu dieser Rolle mißbrauchen — injuzierten eine wahre Hejragd gegen den geistlichen Präses, mit dem Ergebnis, daß dieser an dem betreffenden Orte eine erspriehliche Wirksamkeit nicht mehr ausüben konnte und verjagt werden mußte. Und jedesmal kann man dann erleben, wie die Sozialdemokratie die Sache dahin ausnützt: der Bischof habe sich auf die Seite der Arbeitgeber gestellt. — Ein Pfarrer erzählte mir vor Jahren dieses: Er kam neu an einen Ort mit zahlreicher Arbeiterbevölkerung. Dieser Ort stand nicht im besten Rufe. Die Fabrikanten bestürmten den Pfarrer das Haus und legten Hüher vor, wonach sie in den letzten Jahren mit großer Unterbilanz gearbeitet haben wollten. Wenn die Arbeiter nicht zur Ruhe und Mäßigung gebracht würden, müßten sie ihre Fabriken schließen. Der Herr Pfarrer wirkte, nachdem ihm auch von anderer Seite ähnliche Mitteilungen gemacht worden waren, auf die Arbeiter einzuwirken ein. Und das Ergebnis? Die Arbeiter mißtrauten ihm und gingen nicht mehr zur Kirche. Später stellte sich heraus, daß der Herr Pfarrer von den Fabrikanten und ihren Hintermännern heimlich angelockt

worden war. „Nie wieder,“ sagte mir der betreffende Herr später, „lasse ich mich auf solche Sachen ein. Ich hatte nahezu fünf Jahre zu tun, um das verloren gegangene Vertrauen der Arbeiter des Ortes wieder zu gewinnen.“ Heute ist an dem Orte eine starke Zahlstelle eines christlichen Verbandes. Der Herr Pfarrer ist heute glücklich, daß er ähnlichen Franken aus dem Wege gehen kann.

Schließlich noch folgende Begebenheit. Ich kenne Geistliche, die aber die Verhältnisse eines Industriebezirks sehr unglücklich sind. In wenigen Jahren haben sich in dem Bezirk eine Anzahl Arbeiterbildungsvereine gebildet; es mußten Kirchen gebaut und Pfarrstellen geschaffen werden. Auch die Industriellen haben dabei finanziell mitgewirkt. Jetzt sieht es in den betreffenden Dörfern so aus: Fördert die Geistlichkeit die christliche Arbeiterbewegung direkt oder indirekt, so drohen die Fabrikanten mit Entziehung der Zuschüsse für kirchliche Zwecke; überläßt dagegen die Geistlichkeit die in sozialer Hinsicht ungeschulten Arbeiter ihrem Schicksal, so sind diese in ganz kurzer Zeit der Sozialdemokratie überantwortet. Das sind einige

Tatsachen aus der Praxis.

Mit nett abgeklärten Prinzipien, die auf die praktische Wirklichkeit keine Rücksicht nehmen, läßt sich weder das Volksleben noch die Arbeiterbewegung in einen bestimmten Rahmen hineinpressen. Die Selbstständigkeit der christlichen Gewerkschaften, in dem Sinne, wie sie gedacht ist und wie ich sie hier umschrieben habe, ist ebensosehr im Interesse der Kirchengemeinschaften wie der Gewerkschaften gelegen.

Endlich noch einige persönliche Bemerkungen. Mich hat man in letzter Zeit wegen zweier Vorgänge öffentlich angegriffen: wegen des bekannten Briefes an den Verleger der Katholischen Volkszeitung und wegen meiner Teilnahme an dem Kongreß der christlichen Gewerkschaften Hollands im November 1911 in Rotterdam. Der Brief an Herrn Bachem war ein Privatbrief. Die Ausbeutung dieses Privatbriefes im katholischen Lager finde ich in höchstem Maße unanständig. Der Brief ist vor drei Jahren geschrieben und in der Zwischenzeit in unbedenkliche Hände gelangt und zwar nicht durch die Schuld des Generalsekretariats der christlichen Gewerkschaften. Aus diesen Tatsachen heraus hatte ich auch keine Veranlassung, nachträglich ein weiteres zu tun, als in der Erklärung, die ich in der „Katholischen Volkszeitung“ veröffentlichte. Derjenige, der im öffentlichen Leben an exponierter Stelle steht und alle seine Privatbriefe bei Lebzeiten hinter seinem Rücken veröffentlicht sehen möchte, werfe den ersten Stein auf sich. Damit ist die Briefgeschichte für mich erledigt. Dann sagt man, ich sei im November 1911 in Rotterdam auf dem Kongreß der christlichen Gewerkschaften Hollands gewesen, obwohl ich gar nicht hätte, daß die holländischen Bischöfe mit bestimmten Ausnahmen nur katholische Gewerkschaften wünschlen. Das sei eine Provokation an die Adresse der holländischen Bischöfe gewesen! Nur genach! Mit Provokationen hatte meine Anwesenheit in Rotterdam nicht das allermindeste zu tun. Ich bin vor drei Jahren zum internationalen Sekretär der christlichen Gewerkschaften gewählt worden. Die christlichen Gewerkschaften Hollands sind dem internationalen Sekretariat angeschlossen. Wenn diese mich zu ihren Tagungen einladen, bin ich verpflichtet, ihren Verhandlungen beizuwohnen. Ich habe also lediglich meiner Pflicht genügt.

Damit will ich die Streitgegenstände über die christlichen Gewerkschaften verlassen. Die christlichen Gewerkschaften werden, wie in den letzten Jahren, sich auch in nächster Zeit nicht mehr auf breite grundsätzliche Erörterungen einlassen, sondern auf der seitherigen bewährten Grundlage weiterarbeiten. In der eingangs erwähnten Rede des Herrn Bischofs von Baderborn wurde u. a. ausgeführt:

„Dieser langjährige Streit ist niemand willkommen und nützlich gewesen als den sogenannten freien Gewerkschaften der Sozialdemokratie. Ich verkenne dabei nicht, daß die in Folge des Streites öfter gepflogenen prinzipiellen Erörterungen z. B. über die Beziehung der wirtschaftlichen Arbeit zur übernatürlichen Bestimmung des Menschen oder über die sittliche Erlaubtheit einzelner Mittel wirtschaftlicher Selbsthilfe auch ihr Gutes gehabt haben, indem sie zur Klärung wichtiger Fragen führten — jedenfalls ist es aber jetzt an der Zeit, das bodenbauerliche Habereis zu vergessen und leidenschaftlos auf eine Verständigung hinzuwirken. Soweit ich die gegenwärtige Situation übersehe, brauchen wir Gott Dank die Hoffnung nicht aufzugeben, daß die ersehnte friedliche Verständigung auch wirklich kommen wird.“

Den christlichen Gewerkschaften ist eine Verständigung sehr erwünscht; sie können allerdings einer solchen nur zustimmen auf dem Boden der Grundsätze, die hier entwickelt wurden.

Der deutsche Lokomotivbau und die Lage der darin beschäftigten Arbeiter.

Zu diesem Kapitel schreibt uns ein lange Jahre im Lokomotivbau beschäftigter Kollege:

Wenn Deutschland sich heute in wirtschaftlicher Hinsicht einen Platz an der Sonne erobert hat, so verdanken wir das neben unserer bewährten Wirtschafts- und Handelspolitik nicht zuletzt auch dem Umstande, daß es in weitgehendem Maße dem Ausbau und der Organisation des modernen Verkehrsweßens seine Aufmerksamkeit zuwandte. Unsere Eisenbahnen nehmen hier eine wichtige Stelle ein. Erst mit dem Ausbau dieses wichtigen Verkehrsweßens wurde es mehr und mehr möglich, die Erzeugnisse der Landwirtschaft und des Gewerbes des einen Landesteils dem anderen zuzuführen und gegen dessen Güter auszutauschen. Leichtere Beschaffung und Verbilligung der Konsumgüter, Ausgleich der Preise, Teilung der Arbeit, Steigerung der Erwerbsmöglichkeiten und Verbesserung der Lebenshaltung; das sind so einige Merkmale der erst durch unsere Eisenbahnen, durch den erleichterten und verbilligten Verkehr praktisch möglich gewordenen Volkswirtschaft. Noch heute können wir es ja beobachten, wie sich selbst ganz verarmte Landstriche zusehends erholen, sobald sie durch eine Eisenbahn dem Verkehr erschlossen werden.

Mit Recht hat daher Deutschland von diesem mächtigen Kulturhebel der Neuzeit den weitgehendsten Gebrauch gemacht. Von dem 1006 748 Kilometer langen Eisenbahnnetz der Erde entfielen im Jahre 1909 61 389 Kilometer mit einem Anlagekapital von ca. 16,9 Milliarden Mark, allein auf Deutschland; dazu kommen noch 9361 Kilometer nebenbahnhaltliche Kleinbahnen. Damit steht Deutschland an der Spitze aller europäischen Länder. Die Einnahmen der deutschen Eisenbahnen beliefen sich im letzten Jahre auf 2673,2 Milliarden Mark, d. h. 180,9 Millionen Mark mehr als im Jahre 1910. Über den hunderttausenden Beamten und Arbeitern (1909 687 706), beschäftigten unsere Eisenbahnen indirekt auch noch Tausende

von Arbeitern in unserer Industrie. Wir denken hier an das Oberbaumaterial, die Waggon, die Lokomotiven. Die Zahl der Lokomotiven stieg von 5455 im Jahre 1870 auf 19069 im Jahre 1900 und 24612 im Jahre 1909. Für Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der Lokomotiven und Tender wurden aufgewandt: 1900 90,662 Millionen Mark und 1909 141,638 Millionen Mark.

Als der industrielle Aufschwung Deutschlands im Werden begriffen war und auch später, als die „Krisenperioden“ kamen, die das Eisenbahnwesen sehr beanspruchten, war die deutsche Industrie allein nicht in der Lage, den gewaltigen Anspruch der Eisenbahnen nach neuen Verkehrsmitteln zu befriedigen. Hinzu kam noch, daß damals die ausländische Konkurrenz die deutsche Industrie schwer bedrängte. Das wurde anders, als die deutsche Schutzollgesetzgebung einsetzte. Wie in anderen Industriezweigen, so ging's seit jener Zeit auch im deutschen Lokomotivbau in geradezu erstaunlicher Weise vorwärts. Hier zeigen es so recht die Zahlen der Einfuhr und Ausfuhr, was das Maßstab der „Genossen“ und ihrer Nachbeter gegen unsere Wirtschaft- und Handelspolitik wert ist. Die Einfuhr von Lokomotiven und Lokomotiven, die eine sehr hohe war, fiel trotz des steigenden Bedarfs von Jahr zu Jahr um ein erhebliches. Im Jahre 1900 betrug sie nur noch 4308 Tonnen und sank bis zum Jahre 1910 auf 906 Tonnen, so daß „on einer Einfuhr ausländischer Lokomotiven heute kaum noch geredet werden kann. Die Ausfuhr an Lokomotiven und Lokomotiven hingegen hat sich unter dem Schutze der deutschen Handelspolitik ganz gewaltig gesteigert. Im Jahre 1900 betrug sie schon 12 293 Tonnen im Werte von 15,716 Millionen Mark und stieg fortwährend von Jahr zu Jahr weiter; 1910 waren es 50 251 Tonnen im Werte von 50,496 Millionen Mark. So steht denn heute der deutsche Lokomotivbau mit in der vordersten Reihe auf dem Weltmarkt. Selbstverständlich haben glänzende Handelsverträge erhebliche zu diesem Erfolge beigetragen. Wohin wären wir Arbeiter in der Lokomotivbranche gekommen, wenn Deutschland in den drei letzten Jahrzehnten sozialdemokratische Wirtschaft- bzw. Handelspolitik getrieben hätte?

Aber auch noch ein anderes Moment spielt eine Rolle dabei, daß die deutsche Lokomotivbauindustrie so gut gefahren ist. Die Unternehmer haben es verstanden, gemeinsam ihre Interessen wahrzunehmen. Durch dieses gemeinsame Vorgehen haben die Unternehmer es erreicht, sich einen guten Gewinn zu sichern. Auch die Arbeiter dieses Industriezweiges hätten zweifellos von diesem Dividendenbesen ihr Teil mitbekommen — wenn sie es verstanden hätten, auch ihrerseits ihre gemeinsamen Interessen gemeinsam wahrzunehmen. So aber stehen ihre Löhne heute in gar keinem Verhältnis zu den von ihnen geforderten Leistungen und den Gewinnen, welche diese Industrie abwirft. Wenn bisher über diesen Punkt weniger Klagen an die Öffentlichkeit drangen, so ist das darauf zurückzuführen, daß die Arbeiter in den letzten Jahren durch Ueberstunden übermäßig stark in Anspruch genommen wurden — und auf diese Weise zu einem wenigstens einigermaßen auskömmlichen Lohne kamen. Und über die Abfordrungen der letzten Zeit suchen sie sich schlechterdings durch vermehrtes Hasten und Schuften hinwegzuhelfen.

Wie ist nun die gegenwärtige Lage in der Lokomotivbauindustrie? Wer im letzten Jahre die Berichte im „Reichsarbeitsblatt“ verfolgt hat, wird fast nur Beschwerden über ungenügenden Geschäftsgang vernommen haben. Auch im Januarheft dieses Jahres heißt es: „Im Lokomotivbau ließ die Beschäftigung nach den zahlreichen, aus allen Teilen des Reiches vorliegenden Berichten durchweg zu wünschen übrig; auch sind die Aussichten für die nächsten Monate ungenügend. Ein Werk mußte Verkürzung der Arbeitszeit vornehmen. Ferner wird verschiedentlich berichtet, daß das Angebot von Arbeitskräften den Bedarf weit übersteigen habe. Im allgemeinen soll zugegeben werden, daß eine gewisse Abschwächung sich heute bemerkbar macht, aber doch nur deshalb, weil die Firmen zurzeit der Hochkonjunktur ihre Werke sehr vergrößert haben. Andere Verhältnisse scheinen indes einen kleinen Strich durch die allezu optimistischen Hoffnungen gemacht zu haben. So geht das Ausland heute schon in stärkerem Maße daran, sich seine Verkehrsmittel selbst zu fabricieren. Ferner sind auf Grund der neuesten Erfahrungen die Lokomotiven technisch vervollkommnet und so ausgebaut, daß sie erhöhte Leistungen und Dauerhaftigkeit aufweisen; sich ihre Ergänzung also relativ verlangsamten dürfte. Auch ist es möglich, daß die Konkurrenz „Elektrizität“ der Dampflokomotive eine „Dremle“ angelegt hat. Beispielen glauben ferner einem Stillstand im Eisenbahnbau das Wort reden zu sollen, weil wir auf der Höhe angelangt seien.

Demgegenüber wird der ruhige Beobachter sagen, daß von all diesem keine Rede sein kann, und daß auch die wirtschaftliche Lage der deutschen Lokomotivbauindustrie keineswegs eine detariig gedrückte und aussichtslose ist, wie man sie hinstellen beliebt. In den Zeiten der aufschwüelenden Konjunktur sind die Lokomotivfabriken fast aus dem vordrängen worden. Das ist die ganze Geschichte! Wenn bei ihnen das Hasten und Jagen, das Tag- und Nacht- und Ueberarbeiten nicht ständig in üppigster Blüte steht, dann allein schon scheint's ihnen schlecht zu gehen. Die Beschwerden über das den Bedarf übersteigende Angebot von Arbeitskräften verschulden manche Firmen selbst, weil sie die Lehrlingszuchtung ein groß betreiben und dazu vielfach nur „Spezialisten“ ausbilden, Leute, die nur in einer Abteilung beschäftigt und ausgebildet worden sind — und die deshalb gar oft weder Fähigkeit noch Kourage genug haben, anderswo in Stellung zu treten.

Das eingerissene Uebermaß in Punkt Einstellung von Beamten sagt dem schlichten Arbeiter schon, daß es in der Lokomotivbranche doch nicht so ganz schlecht gehen kann. Manchmal drängt sich einem der Gedanke auf — man vergleiche, wenn ich hier schreibe, was viele Kollegen schon ausgesprochen — daß manche Werke eben Beamte und wieder Beamte einstellen, um nur Geld los zu werden. Ehe ich zur Feder greif, habe ich von vielen Kollegen auf anderen Werken über diese Punkte Erkundigungen eingelesen. Hin und wieder mag es nicht so arg sein, aber die Plage herrscht allgemein. Auch andere Verbände haben diesbezügliche Erhebungen gemacht mit demselben Resultat. Wenn man sich einmal vergewissern, daß früher mit einem kleinen Beamtenorganismus dieselbe Arbeit geleistet wurde, wie heute mit einem großen, so drängt sich einem unwillkürlich die Frage auf: Wozu dieses eigentümlich? Tatsächlich sind die Herren — einen persönlichen Vorwurf will ich ihnen nicht machen — manchmal zu bedauern, wenn man sieht, wie sie sich Beschäftigung machen müssen. Unter derartigen Verhältnissen ist es zu verstehen, daß oft Maßnahmen getroffen werden, die Meister und Arbeiter ganz außer Fassung bringen. Die Daseinsberechtigung will sich eben nach „oben“ bemerkbar machen und es ist ja die bekannte Manier, daß dieses in der Regel auf Kosten der „Unteren“ geschieht. Daß der Druck, das Aufstrebende zu noch größeren Leistungen und

die stetige Beschneidung des Affords nicht zugunsten der Qualität und nicht viel zu einer Erhöhung der Quantität beitragen kann, ist dem Praktiker klar. Und wie die Arbeitskräfte durch das planlose Hin- und Herjagen ruiniert werden, das hat man erleben können bei der Weltfirma Henschel u. Sohn in Kassel, woher ebenfalls sehr bittere Klagen kommen. Im Jahre 1908 waren dort nach der Krankenkassette der Betriebskrankenkasse bei 5708 durchschnittlich beschäftigten Arbeitern 5275 Erkrankungsfälle zu verzeichnen. Das sind 92,41 Prozent! Die durchschnittliche Dauer der Krankheit betrug über 14 Tage. Diese Zahlen reden Bände — mögen die Kollegen die nötige Lehre daraus ziehen. Für die technischen Neuerungen eines Werkes hat die christliche Arbeiterchaft volles Verständnis. Sie weiß auch, daß die „Dirigierung“ eines Betriebes immer komplizierter wird und daß auch ein gutes Hand-Hand-arbeiten in der Lokomotivindustrie die Produktion beschleunigt. Aber das geschieht nicht, wenn alles wie schneewild durcheinandergelagert und der einzelne Arbeiter gezwungen wird, zunächst darauf bedacht zu sein, sich seinen Lohn zu sichern, statt dem Nebenmann voran zu helfen. Eine Kontrolle oder Aufsicht muß ja sein; in den christlichen Gewerkschaftskreisen hat man auch volles Verständnis für diese Beamten. Wenn eine Kritik geführt werden muß, so ist das einzig und allein darauf zurückzuführen, weil sehr viele von diesen Herren ihr „Wirken“ lediglich nur auf Kosten der Arbeiter betreiben.

Unter den Firmen der Lokomotivbauindustrie bezw. der Besitzern mag es welche geben — das erkennen wir richtungslos an — die soziales Verständnis, auch für ihre Arbeiter haben. Mancher Einrichtung begegnen wir, die der Arbeiterschaft sehr zugute kommt. Wir sind auch sicher, daß manche Schilane im Betrieb mißbilligt würde, wenn sie höheren Orts bekannt würde. Aber auf der anderen Seite harren noch eine Reihe von Beschwerden und Wünschen der Erfüllung, deren Besprechung gerade in der jetzigen Zeit am Plage erscheint. Zunächst möchten wir an jenes System erinnern, welches dem Arbeiter die Fustel zu spüren gibt in Zeiten, wo er weniger verdient, Feiertagszeiten machen muß oder gar jeden Augenblick die Kündigung zu erwarten hat. Bei verschiedenen Firmen ist man ja sehr schnell damit bei der Hand, wenn die Bestellungen mal etwas mager ausfallen. Gerade in solchen Zeiten sollte man aber die Lage des Arbeiters nicht noch durch solche schändliche Experimente bedrücken. Der hohe Gewinn der Werke könnte auch mal eine kleine Schmälerung zugunsten derjenigen vertagen, deren treuer Mitarbeit ein enormer Teil davon zu verdanken ist. Wie wäre es endlich mit der Verkürzung der Arbeitszeit? Ein großer Teil der Lokomotivfabriken Deutschlands hat schon recht lange Jahre die 9- oder gar 8-1/2stündige normale Arbeitsdauer. Bei den drei rheinischen Werken herrscht nach wie vor noch die 10stündige. Der mächtigen Entwicklung und der großen Bedeutung die das Verkehrswesen im allgemeinen und die Lokomotivindustrie im besonderen genommen hat, entspräche es durchaus, wenn die Arbeitsverhältnisse auch etwas fortschrittlicher wären. Den staatlichen Reformaturwerkstätten hat man schon länger eine kürzere Arbeitszeit zugesprochen. Dort hat man nicht nur eingesehen, daß die 10stündige Arbeitszeit zu lange war, sondern auch, daß mit einer kürzeren besser zum Ziele zu kommen ist.

Aus dem Angeführten ersehen die Kollegen der Lokomotivbranche, wie viel noch für sie zu tun übrig bleibt. Von selbst wird man niemals die Rechte und Ansprüche einräumen, die wir als Mitkämpfer an einem großen Kulturwerke verdienen. Darum auf zur Organisation! Hinein in den christlichen Metallarbeiterverband! Fort mit allen Blendungen und Bedenken! Kollegen, zeigt euch zu Opfern bereit; die Geschlossenheit der Arbeiter in der Lokomotivbauindustrie hat schon mancherorts Vorteile gebracht. Sie wird es noch mehr, wenn allgemein die nötige Einigkeit unter den Kollegen Platz greift. Darum: Auf zur Tat!

Die Wünsche der Zechenmetallarbeiter an der Saar

im preussischen Abgeordnetenhaus.

Die schon früher an dieser Stelle veröffentlichte Petition der Grubenhandwerker, Maschinisten und Heizer der hiesigen Gruben an der Saar wurde am 5. März bei Beratung des Vergehalts im preussischen Abgeordnetenhaus durch die Abgeordneten Maurer und Sauer mann entschieden befürwortet. Nach dem stenographischen Bericht führte der Abg. Maurer zu dieser Angelegenheit folgendes aus:

„Neben den eigentlichen Arbeitern möchte ich noch einige Worte sagen über die große Gruppe der Handwerker, die in den Gruben beschäftigt sind, Heizer, Maschinisten usw. Sie sind ebenfalls mit einer Bitt- und Denkschrift an den Herrn Minister herangefommen, die durch die Organisation, der sie vielfach angehören, eingereicht ist, durch den christlichen Metallarbeiterverband, und ich halte nicht zurück mit der Anerkennung daß die Bergbehörde dieser Organisation, soweit mir bekannt ist, keinerlei Hindernis an der Saar in den Weg gelegt hat. Wenn sie sich nun in Petitionen äußern, so ist es meine angenehme Pflicht, aber, wie ich hoffe, vielleicht überflüssig, wenn ich bitte, diese Petition einer wohlwollenden Prüfung zu unterziehen. Daß diese Handwerker nicht ohne weiteres mit den Handwerkern in freien Betrieben verglichen werden können, liegt an der Hand. Sie haben dafür den Vorteil der verhältnismäßig gesicherten Lebensstellung, sie haben die Vorteile einer späteren Knappschaftsrente usw. Sie machen auch gar nicht den Anspruch, solche Löhne zu bekommen, wie sie im Handwerk vielfach in viel höherem Maße verdient werden. Aber sie wünschen, das zu bekommen, was für ein Existenzminimum notwendig ist, und geben insbesondere, wie ich denke nicht Recht der Meinung Ausdruck, daß die Höchsthöchtlöhne, d. h. das allerhöchste, was einer erreichen kann, sehr spät erreicht werden. — Diese seien verstanden nach den verschiedenen Inspektionen und nicht ausreichend für einen Handwerker mit einer Familie. Und was sie besonders beklagen — und ich glaube, dem kann man zustimmen — ist das, daß der Höchstlohn zu spät erreicht wird, daß er viel später erreicht wird, daß er viel später erreicht wird, als ihn im allgemeinen die Bergarbeiter erreichen können, daß er im allgemeinen erst mit dem 30. Jahre erreicht wird. Was sie erhalten, ist für einen Arbeiter, von dem man wünschen kann, daß er beizzeiten heiratet, der also wohl schon eine Familie haben wird, wirklich nicht viel.

Ich meine, daß die Lohnforderungen, die hier gestellt sind, nicht über ein berechtigtes Maß hinausgehen. Ebenso bin ich der Ansicht, daß die Wünsche, die bezüglich der Schichtlängen vorgetragen werden, durchaus der Prüfung bedürfen. Wenn noch vielfach in zwölfstündigen Schichten gearbeitet wird, wenn so viele Sonntagsarbeit notwendig ist, und wenn man liest, daß die Leute nichts weiter wünschen, als jeden dritten Sonntag frei zu haben, dann muß ich doch

sagen, daß man diese Forderungen nicht allzu hoch finden kann. Es ist ja richtig, daß am Sonntag gearbeitet werden muß, und daß dann, wenn die Betriebe ruhen, die Ausbesserungsarbeiten gemacht werden müssen; aber daß man durch eine geschickte Verteilung der Arbeitskräfte dem Manne die Möglichkeit gibt, von Zeit zu Zeit in seiner Familie den Sonntag zu erleben, erscheint mir durchaus nicht unbillig.“

Leider war die Antwort des Herrn Handelsministers Dr. Sybow auf diese Ausführungen befremdend und gar nicht befriedigend. Der Minister führte wörtlich aus: „Dem Wunsche . . . auf Erhöhung der Handwerkerlöhne beim hiesigen Saarbrücker Bergbau bebauere ich keine Aussicht auf Erfüllung machen zu können; ihre Löhne sind jetzt schon höher als die bei entsprechenden Handwerker in den Eisenbahnwerkstätten.“

Die Begründung, die der Minister hier seinem ablehnenden Bescheid anfügte, kann der mit den praktischen Verhältnissen einigermaßen Vertraute ganz und gar nicht als solche gelten lassen. Die Ansprüche, die an den Zechenhandwerker gestellt werden, sind ganz andere, als bei dem zum Vergleich herangezogenen Handwerker in den Eisenbahnwerkstätten. Der Abg. Kollege Sauer mann stellte dies denn auch mit Recht den Ausführungen des Herrn Ministers entgegen. Wörtlich führte er zu dieser Sache aus:

„Allerdings muß ich es bedauern, daß der Herr Minister sich eben dahin ausgesprochen hat, daß der Wunsch des Abgeordneten Dr. Maurer, die Löhne der Handwerker in den Grubenwerkstätten zu erhöhen, nicht durchführbar sei, weil diese Leute schon einen höheren Lohn verdienen als die Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten. Allerdings scheint der Herr Handelsminister nicht in Berücksichtigung gezogen zu haben, daß in den Eisenbahnwerkstätten auch schon durchweg eine kürzere Arbeitszeit vorhanden ist als in den Werksstätten der Gruben. In den Eisenbahnwerkstätten ist seit längerer Zeit die neunstündige Arbeitszeit eingeführt, während in den Grubenwerkstätten mit Einschluß der Wausen eine Arbeitszeit von 12 Stunden besteht. Es liegt also da ein nennenswerter Unterschied vor, und deshalb glaube ich, daß die Wünsche, die von den Grubenarbeitern in ihren Petitionen zum Ausdruck gekommen sind, eine gewisse Berechtigung haben. Ich kann deshalb auch die Ausführungen, die Herr Abgeordneter Dr. Maurer gemacht hat, voll und ganz unterstützen. Es ist gewiß nicht von der Hand zu weisen, daß zwischen den Löhnen der Grubenhandwerker, überhaupt der Tagesarbeiter im Saarrevier, und zwischen denen der anderen Bergreviere, besonders im Nachrevier und Ruhrrevier, keine so große Differenz besteht wie zwischen den Löhnen der eigentlichen Bergarbeiter, der Hauer und Veerhauer in den genannten Gebieten. Aber Tatsache ist, daß immerhin noch eine gewisse Differenz da ist zwischen den Löhnen der eigentlichen Bergarbeiter und denen der Grubenhandwerker.“

Der Stand der Grubenhandwerker ist — das muß einmal von dieser Stelle aus gesagt werden — von jeher in allen Bergbaubezirten Preußens mehr oder weniger tief mütterlich behandelt worden, (sehr richtig! im Zentr.) vor allem auf den Privatgruben. Dort hat man diese Leute früher meistens recht gering entlohnt, und das ist heute auch noch der Fall. Ich könnte Beweise bringen, daß die Handwerker auf manchen Gruben weniger Lohn verdienen als manche unterirdisch beschäftigte Schleppler, die erst vor kurzer Zeit angenommen waren, trotzdem diese Handwerker vielleicht 15, 20 Jahre in ihrem Berufe tätig waren. Ich könnte auch Beweise dafür bringen, daß man — das betrifft allerdings auch Privatgruben — diese Handwerker geringer entlohnte, als Leute, die über Tage bei der Förderung und Verladung in einer achtstündigen Schicht beschäftigt waren. Es ist deshalb sehr leicht begreiflich, wenn in den Kreisen der Handwerker eine gewisse Unzufriedenheit Platz greifen mußte; es handelt sich um Schmiebe, Schloffer, Schreiner, und ähnliche Handwerker. Ich bitte zu berücksichtigen, daß die Grubenhandwerker fast durchweg eine mehrjährige Lehrzeit hinter sich haben, daß diese Lehrzeit vielfach geleistet ist in Privatbetrieben, daß diese Leute, wenn sie keine Aussicht haben auf Selbständigmachung — vielleicht wegen Mangels an Kapital — in den Grubenbetrieb übergehen. Allerdings liegen im Saarrevier die Verhältnisse etwas anders. Großenteils sind dort die Handwerker in den Grubenwerkstätten ausgebildet; sie kommen nach Beendigung ihrer Schulzeit als Lehrlinge da hinein und machen ihre Lehrzeit durch. Es sind dann aber ebenfalls Leute, die mehrere Jahre auf die Erlernung ihres Handwerks verwaunt haben, selbst dann, wenn sie nur in denjenigen Zweigen desselben ausgebildet sind, die für die Grubenwerkstätten in Betracht kommen. Es wäre insoweit bringend zu wünschen, daß die Löhne dieser Leute etwas erhöht würden, wenn es nicht allgemein möglich ist, so doch da, wo Ungerechtigkeiten und Mißstände vorliegen. (Sehr richtig.)

Das Saarrevier hat, wie niemand bestreiten kann, ziemlich einheitliche Verhältnisse, es ist ein räumlich eng begrenzter Bezirk. Bisher waren aber die Löhne der Handwerker, Maschinisten und Heizer in den einzelnen Inspektionen recht verschieden. Das hat schon Herr Dr. Maurer zum Ausdruck gebracht. Die Löhne schwanken in den einzelnen Inspektionen und je nach dem Altersgrade um 30 bis 50 Pfg. pro Tag und Schicht. Da wäre es sehr zu begrüßen, wenn man den Wünschen der Handwerker, hier Gleichheit zu schaffen, Gehör schenken möchte. Allerdings muß ich davor warnen, nicht etwa diese Gleichheit darin zu suchen, daß man in denjenigen Inspektionen, wo mehr verdient wird, etwas abzieht, um es den anderen zuzuwenden. Nein, ich bin der Ansicht, daß man in den Inspektionen, wo man weniger zahlt, das Beispiel derjenigen nachahmt, die etwas mehr zur Auszahlung gelangen lassen.

Daß eine Lohnaufbesserung auch für Tagesarbeiter, und zwar besonders im Saarrevier, notwendig ist, geht daraus hervor, daß speziell in diesem Revier die Löhne der erwachsenen Tagesarbeiter gegenüber dem Jahresdurchschnitt von 1908 im dritten Quartal des Jahres 1911 um durchschnittlich einen Pfennig pro Mann und Schicht gestiegen sind, während, wie jeder zugeben muß, die Lebenshaltung in diesen drei Jahren erheblich teurer geworden ist.

Ich möchte dann bitten, fernerhin zu berücksichtigen, daß die Handwerker und Maschinisten in der Mehrzahl an die festgesetzten Schichtlöhne gebunden sind. Abfordrungen kommen bei den Handwerkern sehr wenig, bei den Maschinisten gar nicht in Frage. Deshalb können auch viele Arbeiter aus einer guten Konjunktur in der Regel nicht den Nutzen ziehen, den verschiedenen anderen Kategorien gelegentlich ziehen können. (Sehr wahr! im Zentrum.) Wenn diese Leute gelegentlich Ueberstunden machen, dann haben sie ja einen höheren Monatslohn verdient; aber er ist doch nur durch das Verjahren mehrerer Schichten verdient worden. Die Gemährung von Ueberstunden ist doch immerhin eine recht zweifelhafte Gnade,

Über die man geteilter Meinung sein kann. Allerdings wird die Erfahrung immer bestätigen, daß bei Arbeiterkategorien, die einen verhältnismäßig geringen Lohn haben, sich immer mehr Leute dazu drängen werden, Ueberprüfungen zu verfahren, um ihre Entnahmen aufzubessern.

Auf den Staatsgebühren sind die Löhne der Handwerker nach einer aufsteigenden Skala festgelegt. Das ist ja ein ganz vernünftiger Grund und dagegen läßt sich nicht das mindeste sagen. Der dringende Wunsch der Handwerker geht aber dahin, daß der Höchstlohn spätestens im Alter von etwa 30 Jahren erreicht werde. Auf verschiedenen Inspektionen des Saarreviers ist es den Leuten aber erst möglich, den Höchstlohn im Alter von 35 Jahren zu erreichen. Das verursacht begreiflicherweise dann Unzufriedenheit; denn wer mit 14 Jahren als Lehrling eingetreten ist, hat im Alter von 30 Jahren schon eine sechszehnjährige Arbeitszeit in seinem Fach und in dem Betriebe hinter sich, und man kann wohl mit Recht verlangen, daß ein solcher Arbeiter, der im kräftigsten Mannesalter steht, der anderthalb Jahrzehnte die Arbeit ausgeübt hat, auch in der Lage sein muß, den Höchstlohn zu verdienen. Diesen Wunsch möchte ich der Bergverwaltung angelegentlich zur Berücksichtigung empfehlen.

Ein anderer, auch berechtigter Wunsch betrifft die Frage der Schichtabkürzung. Heizer und Maschinenisten haben abwechselnd Tag- und Nachtschicht. Auch diese Fragebranche ist nicht eingehend zu besprechen; sie ist vorhin schon von einem der Herren Vorredner berührt worden. Ich möchte nur die Bitte, die vorhin schon gestellt worden ist, noch dahin unterstreichen, daß man wenigstens dafür sorgt, daß die Leute an jedem dritten Sonntag frei bekommen. Heute kommt es häufig vor, daß einzelne Handwerker und Maschinenisten im ganzen Monat nicht einen einzigen Sonntag frei haben. (Hört, hört im Zentrum). Ich verkenne durchaus nicht, daß es im Grubenbetrieb sehr schwer hält, die Sonntagsarbeit zu besorgen. Sie wird im Interesse des Betriebes notwendig sein, weil eine ganze Reihe von Reparaturen nur am Sonntag ausgeführt werden können, wenn man die Belegschaft nicht an Wochentagen feiern lassen will. Bei einem einigermaßen guten Willen aller Beteiligten läßt es sich aber wohl durchführen, daß wenigstens jeder dritte Sonntag für den einzelnen Arbeiter freigelassen wird. Dies liegt im Interesse der Förderung des Familienlebens; auch soll dem Arbeiter die Möglichkeit gewahrt bleiben, am Sonntag seine religiösen Pflichten erfüllen zu können.

Ein anderer Wunsch der Handwerker geht dahin, daß man ihnen dort, wo eine größere Anzahl von ihnen in einer Maschinen- oder Werkstättenabteilung vorhanden ist, eine Stelle im Arbeiterausschuß einräumt. Gewiß ist es, wenn eine bestimmte Anzahl von Tagesarbeitern überhaupt vorhanden ist, auch jetzt schon möglich, einen Handwerker als Mitglied in den Arbeiterausschuß hineinzuwählen. Es gibt doch gewisse Spezialfragen, die die Handwerker am besten zu beurteilen vermögen, weil sie ihren eigenen Beruf betreffen; deshalb ist auch dieser Wunsch berechtigt. Ich hege das Vertrauen zu der staatlichen Bergverwaltung, die in diesen Fragen sonst nicht so ergherzig gewesen ist, daß sie diesen Wunsch in wohlwollender Erwägung ziehen wird und auch den Handwerkern als solchen, namentlich wo sie in größerer Anzahl vorhanden sind, eine Vertretung im Arbeiterausschuß angedacht.

Jedenfalls wird nunmehr der Herr Handelsminister wohl kaum noch bei seiner abnehmenden Stellungnahme zu den billigen Wünschen der fiskalischen Zechenmetallarbeiter im Saarrevier verharren können. Er ging ja, wie wir gezeigt haben, bei seiner Antwort auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten von ganz irrigen Voraussetzungen aus. Die Zechenmetallarbeiter an der Saar aber mögen unausgesetzt weiter an der Ausbreitung und Stärkung ihrer Organisation arbeiten. Steter Tropfen höhlet den Stein und beharrliche Arbeit führt schließlich stets zum Ziel!

Aus der Arbeiterbewegung.

Zur Bergarbeiterbewegung im Ruhrrevier.

Der „Dreißend“ (d. h. die sozialdemokratische, polnische und Dörfel-Dumersche Bergarbeiterorganisation) hat am Sonntag den 10. März beschlossen, die Ruhrbergleute wirklich vor den englischen und den sozialdemokratischen Agitationsparten zu spannen und sofort in den Streik einzutreten. Nach den letzten vorliegenden Meldungen hatten sich die Grubenbesitzer bereit erklärt, über die Wünsche der Gewerkschaften in den Arbeiterausschüssen zu verhandeln. Ein Teil der Zechenverwaltungen, z. B. die fiskalischen und andere hatten solche Verhandlungen bereits geführt. Auch die Regierung, in deren Namen Staatssekretär Dr. Vöhrlein am Donnerstag den 7. März mit einigen Reichstagsabgeordneten die Sache besprochen hat, hat mit besonderem Nachdruck auf diesen Weg hingewiesen. Unter diesen Umständen konnte erwartet werden, daß durch Verhandlungen mit den Arbeiterausschüssen eine Verständigung herbeigeführt werden würde, dies um so mehr, als sich der Streik hauptsächlich um die Lohnfrage dreht und die Bergwerkbesitzer sich bereit erklärt haben, eine Erhöhung der Löhne einzutreten zu lassen. Dazu kommt, daß die günstige Konjunktur und die Erneuerung des Konjunkturs für die Besetzung der Stellen eine gewisse Verantwortung der sozialdemokratischen Leitung der Bewegung zufällt. Die sozialdemokratische Leitung wollte den Streik und die Revierkonferenz am letzten Sonntag hatte deshalb demgemäß zu beschließen. Das geht daraus hervor, daß die Extrablätter der Bergarbeiterzeitung, die den Streikbescheid verhandeln, schon unmittelbar nach der Beschlußfassung verteilt werden konnten. Das war doch nur möglich, wenn sie vorher gedruckt worden waren. Daraus ergibt sich zur Genüge, wie schmächtig sozialdemokratische Machter mit den Arbeiterinteressen spielen, wenn das sozialdemokratische Agitations- und Besetzungs-Verhältnis es erfordert.

Der Gewerkschaftsrat christlicher Bergarbeiter hält in dieser Situation mit anerkennenswerter Entschiedenheit an dem Beschlusse seiner außerordentlichen Generalversammlung vom 6. März fest, sich an diesem Streik nicht zu beteiligen. In 50 öffentlichen Versammlungen hat er am Sonntag den 10. März seine durchaus gesunden Gründe für die Nichtbeteiligung an dem Streik offen und freimütig dargelegt. Und diese mannigfaltige Stellungnahme des christlichen Gewerkschaftsrates fand die allgemeine und fröhliche Zustimmung seiner Mitglieder. Folgende Resolution fand in allen Versammlungen Annahme:

„Die heutige Versammlung des Gewerkschaftsrates christlicher Bergarbeiter erklärt sich mit den Beschlüssen der Generalversammlung vom 6. März voll und ganz einverstanden. Versammlung bezeichnet die Streikhebe des sozialdemokratischen Verbandes und seiner Mitläufer als eine unverantwortliche und gewissenslosige. Im gegenwärtigen Augenblick kann ein Streik nicht gewonnen werden. Durch denselben würden nicht allein die deutschen Bergarbeiter, sondern auch hunderttausende anderer Arbeiter mit ihren Familien in Not und Verlegenheit geraten. Ebenfalls würden dem gesamten Handel und Verkehr, insbesondere aber der Geschäftswelt schwere Wunden geschlagen. Versammlung fordert daher alle einsichtigen und nachdenkenden Vergleute in ihrem eigenen Interesse auf, sich jetzt an einem Streik, von dem nur die sozialdemokratische Partei und die Anarchosozialisten Vorteil haben, nicht zu beteiligen, sondern ruhig zur Arbeit zu gehen.

Von der Mehrheit erwarten wir, daß sie allen Vergleuten, die jetzt nicht streiken wollen, ausreichenden Schutz zuteil werden läßt. Auf denjenigen Schachanlagen, wo eine genügende Lehnerhöhung bis jetzt noch nicht erfolgt oder angekündigt ist, mögen dieselben die Arbeiterausschüsse vorstellig werden. Schließlich weisen wir noch darauf hin, daß die Verhältnisse der Bergarbeiter auf die Dauer nur durch Einführung von Tarifverträgen wirksam verbessert werden können. Die Schaffung derselben wird um so eher möglich sein, je eher die Unorganisierten dem Gewerkschaftsbund beigetreten sind.“

Diese durchaus im Interesse der Bergarbeiter selbst gelegene vernünftige Stellungnahme der christlichen Vergleute kann von allen wohlmeinenden nur begrüßt werden. Auch die Leistungen der konfessionellen Arbeiter- und Knappenvereine beider Konfessionen im Ruhrrevier richteten an ihre Mitglieder die Aufforderung, der vernünftigen und klaren Parole des christlichen Gewerkschaftsrates bei der gegenwärtigen Lohnbewegung Folge zu leisten.

Rundschau.

Die Kriegervereine haben ihre Unterstützungskassenpläne noch nicht aufgegeben. Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften ist in der Lage, Schriftstücke zu veröffentlichen, aus denen hervorgeht, daß die Kriegervereinsleitung allen Ernstes die Kasse einrichten will. An die Kriegervereine wurde ein Schreiben verfaßt, in dem es u. a. heißt:

„Nur angeordnet, wird mit der Kasse beabsichtigt, allen wirtschaftlich schwächer gestellten Kameraden hilfsreich zur Seite zu stehen. Sie soll:

1. den Kameraden Arbeitern, die durch Ausperrungen in Mitteldiensthaft gezogen oder durch den Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften von ihren Arbeitsplätzen verdrängt werden, Beihilfen gewähren;
2. den Klein-Gewerbetreibenden und Handwerkern, die in ähnlicher Weise namentlich durch Wohlthats, zu leiden haben, Beihilfen;
3. den kleinen Landwirten und landwirtschaftlichen Arbeitern mit Eigentum bei Hagelschlag und Ueberschwemmungen Hilfe gewähren;
4. den Beamten und Privatangestellten mit geringem Einkommen in Krankheitsfällen dienstbar sein.

Über auch den unter 1—3 genannten und allen anderen Kameraden soll je Gelegenheit bieten, Zusatzversicherungen gegen Krankheitsfälle zu nehmen.

Als Eintrittsgeld sind 50 Pfg. in Aussicht genommen und als laufender Beitrag zu 1—3 wöchentlich 10 Pfg. und zu 4 wöchentlich 20 Pfg. Die übrigen Einnahmen leisten die Bundeskasse und die Vereine. Die Leistungen der Kasse sollen betragen: zu 1 und 2 bis zur Dauer von 13 Wochen wöchentlich für Verheiratete 15 M., für unverheiratete 12 M. und für jedes Kind unter 14 Jahren 1 M., zu 4 ebenfalls 15 bzw. 12 M. und zu 3 zu einer Entschädigung von durchschnittlich 10% des erlittenen Schadens. In Streikfällen wird die Unterstützung nach Beendigung des Streiks zahlbar.“

Das Zentralblatt bemerkt dazu, daß der ganze Plan in letzter Linie auf die Verdrängung der gelben Verbände hinausläuft, die Arbeiter mit allerlei Unterstützungseinrichtungen von einer nachdrücklichen Vertretung ihrer Interessen abzuhalten. Das geht auch schon daraus hervor, daß die vorgezeichneten Beiträge absolut nicht ausreichen, die vorgesehenen Unterstützungsgelder aufzubringen; die Geschäfte wäre schon von Anfang an auf milde Gaben von Unternehmern oder anderen kapitalkräftigen Gönnern angewiesen, die solche Opfer natürlich nicht umsonst bringen. Einmalige Streikunterstützung soll erst nach Beendigung des Streiks zahlbar werden, was mit anderen Worten doch nur heißen kann, daß vorher geprüft werden soll, ob der Betreffende ohne jede Schuld, resp. gegen seinen Willen in die Bewegung hineingezogen wurde; ferner, daß ein Druck zwecks Wiederaufnahme der Arbeit ausgeübt werden soll. Denn wie kann ein Arbeiter bei einer längeren Streikdauer ohne Unterstützung seine Existenz fristen! Alles unterfalschliche gelbe Ideen.

Aus den schon früher angeführten Gründen, daß nämlich der angebliche Zweck der neuen Einrichtung, den sozialdemokratischen Terrorismus abzuwehren, nicht erreicht, wohl aber die christliche Arbeiterbewegung geschädigt wird, müssen die christlichen Gewerkschaften nach wie vor dem Plan des Deutschen Kriegerbundes den äußersten Widerstand entgegenzusetzen. Alle Mitglieder und Freunde der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, die in den Kriegervereinen ein Wort mitzureden haben, eruchen wir hiermit, den neuen Plänen die schärfste Opposition zu machen. Wird dies ohne Erfolg bleiben und die gelbe Unterstützungskasse dennoch zustande kommen, so würden alle auf unserm Standpunkt stehenden Mitglieder der Kriegervereine die weiteren Konsequenzen ziehen müssen. Hoffentlich wird es so weit nicht zu kommen brauchen.

Die Frage, ob Gewerkschaftsbeiträge vom steuerpflichtigen Einkommen in Abzug gebracht werden können, wurde in der Steuerkommission des preussischen Abgeordnetenhauses verhandelt. Die Zentrumspartei hatte den Antrag gestellt, daß die Beiträge zu den Berufsvereinen abzugsfähig seien, sofern diese Vereine jahresgemäß Arbeitslosenunterstützungen, Kranken- und Sterbegelder gewährten. Der Antrag wurde damit begründet, daß die Berufsvereine über die Leistungen der christlichen Unterstützungszweige hinaus ihren Mitgliedern mannigfache Unterstützungen gewährten. Ein Redner des Zentrums machte geltend, daß jetzt schon manche Steuerbehörden die Beiträge zu den Berufsvereinen der Arbeiter als abzugsfähig betrachteten. Diese Praxis solle gesetzlich festgelegt werden. Der Antrag wurde gegen die Stimmen des Zentrums, eines Freisinnigen und eines Sozialdemokraten abgelehnt, weil er zu weit gehe. Von einem Abgeordneten der Zentrumspartei wurde darauf hingewiesen, daß die Kameraden ihre Beiträge für gegenseitige Unterstützung bei Arbeitslosigkeit als

Betriebskosten verrechneten, vom Einkommen abzogen, und somit nicht verrechneten. Der Generalstaatsdirektor befrucht, daß die Unternehmer Beiträge zu ihren Schutzverbänden als Betriebskosten verrechneten und vom Einkommen abzogen. Das sei nicht gestattet. Ein konservativer Redner meinte, es solle den Einkommungskommissionen eingeschärft werden, daß die Beiträge der Unternehmer zu ihren Schutzverbänden nicht abzugsfähig seien.

Aus den weiteren Verhandlungen der Steuerkommission ist noch erwähnenswert, daß der Generalstaatsdirektor die Frage der von und zur Arbeitsstelle für abzugsfähig erklärte.

Das Solidaritätsgefühl der britischen Vergleute läßt sehr viel zu wünschen übrig. Die britischen Bergarbeiterorganisationen umfassen mit wenigen Ausnahmen nur die eigentlichen Bergarbeiter und treten in der Regel auch nur für diese ein. Ja, noch mehr, die eigentlichen Bergarbeiter suchen sehr oft auf Kosten der übrigen Arbeiter für sich Vorteile zu erzielen. Sie waren gegen Verbesserungen für die Schichtführer und jugendlichen Arbeiter, wenn sie für sich dadurch Nachteile befürchteten und wenn ihnen die Möglichkeit der Ausbeutung dieser Arbeiterkreise beschnitten wurde.

Nur wenn man diese Gedankengänge der britischen Vergleute versteht, ist einem verständlich, daß sich deren Vertreter so oft gegen die Abschaffung der Frauen- und Kinderarbeit wenden oder nicht für dahingehende Vorschläge stimmen, weil sie dazu angeblich kein Mandat hatten. Wie die sozialdemokratische Arbeiterzeitung, Eisen, in ihrer Nr. 249 vom 24. Oktober 1911, mitteilte, sind im britischen Bergbau „über 53 000 Knaben im Alter von 12 bis 16 Jahren untertätig beschäftigt“. Und das trotz der starken Organisation der Vergleute. Das ist nur möglich, weil die Organisationen gegen solche Mißstände nicht vorgehen wollen. Die gleichen Leute führen aber stets das Wort „Solidarität“ im Munde. Und die deutschen Genossen, so schreibt mit Recht der „Bergknapp“, die ständig über uns schimpfen, arbeiten mit der Gesellschaft zusammen, und wagen es nicht einmal, ihr bei Gelegenheit die Wahrheit zu sagen.

Aus der Metallindustrie. Das Kupferwerk Hermann in Duisburg erzielte nach Abzug von fast 500 000 M. für Abschreibungen und Steuern einen Reingewinn von 887 000 M. Davon erhalten die Aktionäre 700 000 M. = 7% Dividende. — Die Hirsch-Kupfer- und Messingwerke in Halberstadt hatten im Jahre 1911 nach 310 000 M. Abschreibungen einen Reingewinn von 752 000 M. Die Dividende beträgt 7%. — Die Dürener Metallwerke erzielten einen Betriebsüberschuß von 1 386 000 M., abgeschrieben werden 310 000 M. An Dividenden sollen 12% ausgeschüttet werden — Bei der Aktiengesellschaft Kronprinz in Ohligsk erbrachte das Jahr 1911 einen Reingewinn von 1 414 000 M. Dividende sollen 22% verteilt werden. — Die Düsseldorf-Röhrenindustrie erzielte bei 448 681 M. Abschreibungen einen Reingewinn von 400 000 M., aus dem 7% gleich 280 000 M. Dividende und 50 000 M. Prämien und Gratifikationen verteilt werden sollen. Die Gesellschaft steht mit der Völkentlicher Bergwerks-A.G. in Interessengemeinschaft. — Das Röhrenwerk N. B. Wöbbeck in Düsseldorf, welches ebenfalls mit Völkentlicher in Interessengemeinschaft steht, erzielte einen Bruttogewinn von 497 000 M. Die Dividende beträgt 7%.

Zum Kapitel „Genossen als Arbeitgeber“ macht die sozialdemokratische „Chemnitzer Volksstimme“ in ihrer Nr. vom 29. Februar interessante Mitteilungen. In Chemnitz hat eine Konferenz der Konsumvereinsangehörigen (Hamburger Richtung) des Chemnitzer Bezirks stattgefunden, worüber die „Volksstimme“ berichtet, daß in der Konferenz lebhaft geklagt worden sei, „daß trotz aller Beschlüsse der Verbände und Unverbindstage noch nirgends ein Schritt getan wurde, um den hohen Dividenden und den niedrigen Löhnen der Angestellten zuleide zu thun.“ Sogar recht lebenskräftige Vereine, die schon zur Eigenproduktion übergegangen seien, zahlten ihren Lagerhaltern, die ein Warenlager von 15 bis 20 000 M. zu verwalten hätten, Wochensöhne von 16 M. Gleichzeitige wurde eine Dividende von 15 bis 16% verteilt. — Dies Bild aus der sozialdemokratischen Praxis dürfte manchen von der Sehnsucht nach dem Zukunftsstaat kurieren.

Im Wahlkreis des sozialdemokratischen Abgeordneten Sasse verdienen die Vergleute nach dem eigenen Zeugnis der Genossen die niedrigsten Löhne im ganzen preussischen Steinkohlenbergbau. In diesem Revier ist der sozialdemokratische Bergarbeiterverband vor zwei Jahrzehnten eingeführt. Im vorigen Jahre gab er eine Broschüre heraus: „Eine Abrechnung mit den falschtlichen Grubenverwaltungen Nieberchlesiens. Zur Aufklärung für Reichstags- und Landtagsabgeordnete, Behörden, Wähler und Arbeiter.“ Darin ist auf Seite 4 ff. die Knappheitswahlen im Jahre 1910 zu lesen:

„Von etwa 17 000 wahlberechtigten Vergleuten erhielten die Kandidaten des Bergarbeiterverbandes circa 12 000 Stimmen, während die unter dem Protektorat des Fürsten Pleß stehenden gelben Verbände, die sich mit den katholischen Fachabteilungen verbunden hatten, insgesamt nur etwa 3400 Stimmen bekamen. Nach Abzug von circa 1000 Stimmen, die auf Kandidaten der katholischen Fachabteilungen fielen, verblieben für die gelben Kandidaten kaum mehr als reichlich 2000 Stimmen, worin sich annähernd 1000 Beamtenstimmen befanden.“

Der sozialdemokratische Bergarbeiterverband dominiert also in dem Revier, was auch noch daraus hervorgeht, daß der Verbandsvorsitzende Herr Sasse bei der letzten Reichstagswahl dort im ersten Wahlgang gewählt wurde. Wie sieht es nun um die Löhne der Vergleute in der roten Siedburg? Die obengenannte Broschüre gibt uns die Antwort; sie stellt fest:

„Die Löhne im niederchlesischen Kohlenrevier sind die schlechtesten im ganzen preussischen Steinkohlenbergbau.“ (S. 5.) Es seien in den letzten Monaten „29 Fälle von Maßregelungen bekannt geworden.“ (S. 6.) Weiter sagt die Broschüre, es können „massenhafte Geschlechtsverletzungen, Terrorismus, was man ihn verwerflicher nicht antreffen kann“ (S. 19) wegen die Arbeiter vor, spricht von „schrecklichen Mißständen“ und behauptet: „Die hier vorhandenen Mißstände übersteigen so ziemlich alles, was man im preussischen Steinkohlenbergbau sonst gewöhnt ist.“ (S. 26.) Weiter berichtet die Broschüre, „daß seit Ende 1907 in Niederchlesien der Lohn, einschließlich der Feierlichkeiten, um über 4 Millionen Mark gesunken ist, und daß bei gleichbleibender Produktionskosten der aus dem höheren Kohlenpreise fließende Mehrerlös in den letzten Jahren durchschnittlich mehr als 18 Millionen Mark betrug gegenüber dem Jahre 1904.“ (S. 28.) Und auf der Seite 31 der Broschüre wird noch einmal zusammenfassend gesagt: Die Für-

lich fleischigen Vergleute haben nichts zu verlieren als ihre Fetten und höchstens ein mageres Stück Brot, das sie sonstwo gewiß ebenso groß finden; ein Arbeitsverhältnis, wie es niederdrückender im ganzen deutschen Bergbau nicht mehr gefunden werden kann.

Die Vergleute arbeiten in der roten Hochburg also unter geradezu jämmerlichen Verhältnissen. Das springt umso mehr in die Augen, wenn man die Löhne im Ruhrrevier und im nieder-schlesischen Revier einander gegenüberstellt. Es wurden nämlich an Durchschnittslöhnen gezahlt:

	1909	1910
pro Schicht pro Jahr pro Schicht pro Jahr		
im Oberbergamtsbez. Dortmund 4,49 M. 1350 M. 4,54 M. 1382 M.		
in Niederschlesien	3,23 " 975 " 3,23 " 974 "	

Der „Vergleutap“ bemerkt dazu: „Wenn der sozialdemokratische Verband also wirklich eifrig der Ueberzeugung ist, der jetzige Zeitpunkt sei günstig, um alles Wünschenswerte für die Arbeiter durchzusetzen, so mag er sich loslassen und zuerst energisch für die Verbesserung der Lage der niederschlesischen Vergleute eintreten. Wg. Sachse wäre das ja auch seinen Wählern schuldig.“

Den Glauben an den Zukunftsstaat verloren hat jetzt auch der Reichstagsabgeordnete Ledebour, einer der radikalsten sozialdemokratischen Führer. Wie das „Korrespondenzblatt“ der freien Gewerkschaften meldet, ist Ledebour Mitglied der Unterstützungsvereinigung der sozialdemokratischen Gewerkschaft- und Parteiangehörigen geworden. Diese Vereinigung hat die Aufgabe, ihre arbeitsunfähigen und invaliden Mitglieder oder deren Hinterbliebenen zu unterhalten. Den Schritt hätte Ledebour längst tun können, er ist fast zwanzig Jahre sozialdemokratischer Medakteur bzw. Schriftsteller und seit zwölf Jahren sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter. Wahrscheinlich hielt er den Beitritt deswegen für unnötig, weil er felsenfest vom baldigen Eintritt des Zukunftsstaates überzeugt war. Vielleicht hat er gar, wie mancher Habikale, die „Unterstützungsphilister“ heimlich verachtet.

Der rote Sieg bei den Reichstagswahlen scheint ihm den geschwundenen Glauben auch nicht wieder gegeben, sondern erst recht vom Wolkenduckelheim „Zukunftsstaat“ überzeugt zu haben. Ausgerechnet, nachdem die Sozialdemokratie mit 110 Mandaten antritt, geht Ledebour in den Unterstützungsverein. Das besagt mehr wie ein ellenlanger Kommentar.

Ledebour ist nicht der einzige Intellektuelle, der felsenfest vom nahenden Zukunftsstaat überzeugt war. Edmund Fischer erzählte in der sozialistischen Wochenschrift „Die Neue Gesellschaft“ (Heft 6/1907):

„Ein sehr bekannter Parteigenosse, ein Intellektueller, kein Arbeiter, erzählte mir einmal, er habe sich bei seiner Beratung in keine Lebensversicherung aufnehmen lassen, weil er fest daran glaubte, der Tag werde bald kommen, der eine solche Versicherung hinfällig mache.“

Ein „Intellektueller“ nach dem andern verläßt das sinkende Schiff des Erfurter Programms und setzt die Zukunftsgeheißigkeit in den Glaszahn. Trotzdem verkümmern die Genossen in der Wald- und Wisenagitation die Köpfe der Leute, erwecken Utopien und Wahnvorstellungen, welche die praktische Standesarbeit für die Arbeiterklasse außerordentlich erschweren und ein Bleigewicht für den Aufstieg der Arbeiter sind. — Reibts bei Gelegenheiten den Genossen recht kräftig unter die Nase!

Streiks und Lohnbewegungen.

Redarsum. Am 5. März tagte hier eine überfüllte Betriebsversammlung der Arbeiter der Redarsumer Fahrradwerke. Derselben waren mehrere kleinere Versammlungen, Vertrauensmännerbesprechungen und statistische Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Betrieb vorangegangen. Die Organisationsleistungen werden beantragt, die in diesen Versammlungen vorgebrachten Wünsche der Arbeiterkraft zusammen zu stellen und weitere Maßnahmen zu treffen.

Die vorgebrachten Wünsche gliedern sich in folgende Punkte: 1. Verkürzung der Arbeitszeit auf den Samstag um 2 Stunden. 2. Eine diesbezügliche Umrechnung der Löhne. Den reinen Lohnarbeitern soll eine Lohnhöhung von 10 Prozent gewährt werden. 3. Für Ueberstunden soll auch den Affordarbeitern ein Zuschlag von 25 Prozent zuteil werden. 4. Eine Regelung und Umrechnung der Stundenlöhne der Affordarbeiter soll in der Form vorgenommen werden, daß 90 Prozent des durchschnittlichen Affordverdienstes als Stundenlohn festgelegt wird. 5. Bei älteren Afforden, wo die Arbeiter nicht auf ihren Lohn kommen, soll eine Neuregelung erfolgen. Geschäftsführer Basler vom freien Verband begründete diese Wünsche. Dem schloß sich für den christlichen Metallarbeiterverband Bezirksleiter Kollege Gengler an. Auch die Hirsch-Dumerschen Gewerksvereine hatten sich schon bereit erklärt, die Forderungen zu unterstützen. Einstimmig wurde sodann eine Resolution angenommen, worin der Arbeiterausschuß mit der Einreichung der Wünsche und die Organisationen mit deren weiteren Verfolgung beauftragt wurden. An den Kollegen ist es nun, durch Einigkeit ihre Sache zu vertreten.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzufenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

Weypen. Die Weypener Eisenhütte ist für Metallarbeiter aller Branchen — wegen Nichtanerkennung des Koalitionsrechtes — gesperrt.

Zwifringen. Bei der Firma Arnold Meyer, Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen, sind Differenzen ausgebrochen. Zugua von Metallarbeitern aller Branchen und Tischlern ist strenge fernzuhalten.

Siegen. Die Siegener Aktiengesellschaft für Eisenkonstruktion und Verzinkerei in Geisweid ist für Metallarbeiter gesperrt.

Erier. Wegen Nichtanerkennung des abgeschlossenen Tarifvertrages sind eine Anzahl von Betrieben der Klempner- und Installationsbranche gesperrt. Zureisende Kollegen haben sich daher vor Annahme von Arbeit auf dem christlichen Gewerkschaftsbüro Hojenstraße 12 zu melden.

Reheim. Bei der Firma Göppikus-Röttger sind Differenzen ausgebrochen.

Werbohl. Die Firma Honjel in Eweling ist für Britanniawarenarbeiter gesperrt.

Hlm. Die Arbeiter der Firma Eb. Mayer & Comp. stehen im Streik. Zugug ist streng fernzuhalten.

Eweling. Bei der Firma Berg haben die Schlosser die Kündigung eingelegt. Zugug ist fernzuhalten.

Düffeldorf-Oberkassel. Bei der Firma Hirsch stehen die Schlosser der Abt. Fensterbau im Streik. Zugug ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag den 17. März 1912 der zwölfte Wochenbeitrag für die Zeit vom 17. bis 23. März 1912 fällig.

Die Ortsgruppen Düren und Baugen erhalten die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von 10 Pfg. pro Woche. Die Nichtbezahlung dieser Beiträge hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Zur gefälligen Beachtung!

Den Bezug von Erwerbslosenunterstützung betreffend.

Trotzdem in den § 9 und 10 unfres Verbandsstatuts die Bestimmungen über den Bezug und die Höhe der Erwerbslosenunterstützung genau geregelt sind, scheinen noch bei manchen Kollegen Unklarheiten zu herrschen, die beweisen, daß die Statuten nicht genügend studiert und beachtet werden. Besonders bezüglich der Steigerungsfristen treten immer noch unklare Anschauungen zu Tage. Es sei deshalb an dieser Stelle wiederholt auf die betreffenden Bestimmungen hingewiesen.

Erwerbslosenunterstützung können die Mitglieder beziehen, welche 1 Jahr dem Verband angehören und 52 Wochenbeiträge in der 90 resp. 60 Pfg.-Klasse geleistet haben. (Für die 40 Pfg.-Klasse kommt nur eine 6-wöchige Arbeitslosenunterstützung in der Höhe von 6 M. pro Woche ohne Steigerung in Betracht.) Die Unterstützung wird gezahlt in der 90 Pfg.-Klasse nach dem 3. Tage 26 Wochen, und in der 60 Pfg.-Klasse bei Arbeitslosigkeit nach dem 7. Tage, bei Krankheit nach dem 14. Tage 20 Wochen lang.

Die Höhe der wöchentlichen Unterstützung richtet sich nach der Länge der Mitgliedschaft, resp. der Zahl der geleisteten Beiträge. Da für die Erwerbslosenunterstützung die Karenzzeit vom 1. Januar 1906 ab gilt, kommen auch nur die seit diesem Datum geleisteten Marken zur Anrechnung. Die Unterstützung beträgt bei einer Beitragsleistung

von 52—156 Wochen pro Tag	1.— Mf.,	pro Woche	6.— Mf.
" 156—260 "	" 1,17 Mf.,	" "	7.— Mf.
" 260—364 "	" 1,33 Mf.,	" "	8.— Mf.
" 364—468 "	" 1,50 Mf.,	" "	9.— Mf.
über 468 "	" 1,67 Mf.,	" "	10.— Mf.

Weibliche und Jugendliche mit halben Beiträgen erhalten die Hälfte der Unterstützung. Die 2-jährigen Steigerungsfristen kommen bei allen von der Zentrale ergehenden Anweisungen zur Auszahlung der Unterstützung in Betracht.

Obige Bestimmungen wollen alle Mitglieder besonders beachten.

Aus dem Verbandsgebiet.

Triberg (Schwarzwald). Am Sonntag den 25. Februar hielten wir unsere Generalversammlung ab. Verschiedene örtliche Veranstaltungen hatten die Hinausschiebung notwendig gemacht. Erfreulicherweise waren die Kollegen zu der Versammlung zahlreich erschienen; eine Tatsache, die der Vorsitzende bei der Eröffnung auch für die Zukunft als sehr wünschenswert und notwendig bezeichnete. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden ging hervor, daß im Jahre 1911 an Versammlungen abgehalten wurden: 2 öffentliche, 10 Mitgliederversammlungen und 39 Vorstands- und Vertrauensmännerversammlungen. An verschiedenen örtlichen Debatten und Maßnahmen zur Frage der Lebensmittelpreise hat unser Verband mitgewirkt. Von der Bezirksleitung aus wurden zur Erforschung und Klärstellung der Uhrenarbeiter auf dem Schwarzwald statistische Erhebungen veranstaltet und eine Uhrenarbeiterkonferenz abgehalten. An beiden Veranstaltungen, wie auch an der Bezirkskonferenz in Billingen war unsere Ortsgruppe beteiligt. Die statistischen Erhebungen haben erneut die schlechte Lage der Schwarzwalder Arbeiterkraft darzulegen. Notwendig ist es, daß auch die hiesige Arbeiterkraft mehr zur Erkenntnis ihrer eigenen Lage kommt und den Weg zur Organisation findet. Mit nur Nebenarten, Klagen und Schimpfen wird keine Besserung erzielt.

Die Einnahmen der Zentralkasse betragen 2233,80 M., die Ausgaben 1252,15 M. Letztere wurden größtenteils in Gestalt von Arbeitslosen- und Krankenunterstützung ausgezahlt, kamen also den Kollegen wieder direkt zugute. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 333,03 M., eine Ausgabe von 321,37 Mf.

Der anwesende Bezirksleiter Kollege Gengler-Stuttgart besprach sodann die einzelnen Berichte. Auf die Entwicklung und Verhältnisse der Uhrenindustrie hinwies, betonte er, daß wir mit allen Kräften für den Ausbau unseres Verbandes auf dem Schwarzwald tätig sein müßten. Es müsse dahin gebracht werden, daß der in dem Gros der Schwarzwalder Arbeiterkraft grassierende Geist des Besessens und der Nutzlosigkeit, wie auch der vielfach noch anzutreffende falsche Egoismus und die mangelnde Opferwilligkeit verschwinde. An dessen Stelle muß treten ein Geist des Vorwärtsdrängens, mehr Selbstvertrauen in die eigene Kraft. Nur dann, wenn wir selbst Hand anlegen in gemeinsamer Standesarbeit innerhalb der Organisation wird eine Besserung der Verhältnisse zum Besseren erreicht.

Bei der nachfolgenden Vorstandswahl wurde der alte Vorstand in geheimer Wahl wiedergewählt. Neu hinzugewählt wurde noch ein jugendlicher Kollege. Zum Schluß hielt noch Kollege Gengler einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften und die Zukunftsaufgaben der Mitglieder. In kurzen Strichen zeichnete Redner die Entwicklung der christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften und deren Ursachen. Sein Schlußappell endete mit einer wirkungsvollen und überzeugenden Aufforderung, unsern christlichen Metallarbeiterverband nach innen und nach außen zu stärken. Nur durch eine gute Stärkung unseres Verbandes nach der Zahl der Mitglieder wie auch nach der finanziellen Seite hin, werden die Metallarbeiter in der Lage sein, die kommenden Kämpfe durchzuführen und eine materielle und ideale Besserung der Lage des Arbeiterstandes

herbeizuführen. Daran mitzuarbeiten, sind wir alle in unserem Interesse verpflichtet. Darum auf zur Agitation, jedes Mitglied sei ein opferwilliger und kampfbereiter Agitator.

Julda.

Generalversammlung fand am 14. Februar statt. Der Besuch war mittelmäßig. Ein großer Teil der Kollegen war verhindert durch berufliche Tätigkeit, hatte sich aber entschuldigt. Dem Jahresbericht, erstattet vom Kollegen Handwerk, entnehmen wir folgendes: Die Konjunktur in der Metallindustrie war in den letzten Jahren eine gute; es ist deshalb erklärlich, wenn sich die Kollegen in den verschiedensten Berufen, ganz besonders in der Emailierindustrie zusammengeschlossen haben, ihre Berufsorganisation ausbauen und nun auch mit Wünschen und Forderungen an die Unternehmer herantreten. Die Entwicklung unseres Mitgliederlandes war eine gute; es wurden 212 Neuaufnahmen einschließlich der weiblichen und jugendlichen gemacht. Reges gewerkschaftliches Leben herrschte im verflochtenen Jahr. Dies kommt auch in der Zahl der abgehaltenen Vorstands- und Vertrauensmännerversammlungen, Betriebs-, Werkstatt- und Mitgliederversammlungen, sowie 3 öffentlichen Versammlungen klar zum Ausdruck. Es waren im ganzen 104 Veranstaltungen, welche im Interesse der Propagierung des gewerkschaftlichen Gedankens abgehalten wurden. Die Durchschnittliche Mitgliederzahl betrug 215 ist aber am Jahresschluß geringer. Gegenüber dem Vorjahre ist jedoch ein Ueberschuß vorhanden, so daß ein Rückgang nicht zu bezeichnen ist.

Eine Lohnbewegung haben wir geführt in dem hiesigen Etangs- und Emailierwerk. Wesentliche Vorteile konnten für die Kollegen und Kolleginnen herbeigeführt werden. Die Stellung der hiesigen Presse zu unserer Bewegung war nicht besonders freundlich; eine Notiz, die Anfang Mai in der Fuldaer Zeitung erschien, hat uns direkt geschädigt. Der Urheber konnte bis heute noch nicht ermittelt werden. Charakteristisch bei dieser Bewegung war ferner, daß die Herren Inhaber des Emailierwerks, entgegen ihren früheren Versprechungen, diesmal nicht mit den Organisationsvertretern verhandelten, sondern die Vereinbarungen nur mit dem Arbeiterausschuß getroffen haben.

Die gelbe Bewegung, die von der Firma F. C. Kellinger kurz nach unserer Lohnbewegung eingeleitet und unterstützt wurde, konnte uns keinen wesentlichen Abbruch tun; nur in der letzten Zeit ließen sich einige „ehemalige“ Mitglieder unseres Verbandes blenden, darunter sogar ein Vorstandsmitglied, dessen Name aus der Liste unserer Mitglieder gestrichen wurde.

Die Einnahmen ergaben gegenüber dem Vorjahre ein besseres Bild und gestalteten sich wie folgt: a. für die Hauptkasse 3867,70 Mark, b. für die Lokalkasse 1240,23 M.; abgehandelt wurden an die Hauptkasse 2080,02 Mark. Die Ausgaben für die Hauptkasse betragen 1796,68 M., für die Lokalkasse 1049,09 Mark. Der Bestand der Lokalkasse beträgt 191,14 Mark. Außerdem ist noch eine gut ausgebaute Zeitschriftenbibliothek hier vorhanden, die mit sonstigen Utensilien einen Wert von 200,75 Mark ausmacht. Sie steht den Mitgliedern gratis zur Verfügung und wird auch eifrig benutzt. Das gesamte Lokalvermögen beträgt demnach 391,89 Mf. Einen breiten Raum nahmen bei den Ausgaben die Unterstützungen ein, wurden doch hierfür allein 1254,70 M. ausgegeben. Auch ein Beweis dafür, daß nur gutgeleitete und unabhängige Organisationen die Existenzbedingungen der Arbeiterkraft bessern können.

Die Vorstandswahl ergab, wie „Wiederwahl“ der früheren Vorstandsmitglieder; nur eine Ersatzwahl war notwendig, die durch die Berufung des erfahrenen und tüchtigen Kollegen Klüber erledigt wurde.

Der anwesende Bezirksleiter Kollege Scherer ergriff sodann das Wort zu einer längeren Ansprache, in welcher er den Kollegen den Wert des Zusammenschlusses aufs Neue vor Augen führte und betonte, daß unsere Arbeit nicht ruhen dürfe, bis der letzte Metallarbeiter von Fulda in unseren Reihen stehe. Auch trübe Erfahrungen werden uns niemals hindern, unsere Pflicht als christliche Gewerkschaftler zu tun. Es muß deshalb eine eifrige Werbearbeit unterstützt von allen Kollegen einsehen, damit auch im neuen Jahre unsere Sache vorwärts gebracht werden kann. Kein Ermüden, sondern ein rastloses Vorwärtsstreben! Nur so können wir unsern Ziele näher kommen.

Sollingen.

Am 25. Februar hielt die Ortsverwaltung Sollingen im Lokale der Witwe Hammersfahr in Wald eine gutbesuchte Kreisversammlung ab, der eine Anzahl weiblicher Mitglieder und Frauen beizuwohnen. Nach dem Jahresbericht, den der Kollege Hebborn erstattete, hat die Ortsverwaltung im verflochtenen Jahre 418 Mitglieder zugenommen, was mit Rücksicht auf die hiesigen Verhältnisse einen schönen Fortschritt bedeutet. Fast sämtliche Sektionen haben einen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Ein gleich günstiges Bild zeigt der Kassenbericht. Es wurden im Berichtsjahr 39 343 Marken verkauft mit einer Einnahme für die Hauptkasse von 20 637,23 M. Die Ausgaben der Hauptkasse betragen 9918 M. Es konnten somit 10 718,98 M. an die Zentrale gesandt werden. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 8767,26 M., der eine Ausgabe 7540 M. gegenübersteht. Der Lokalkassenbestand ist im Berichtsjahr von 311,26 M. auf 1226,89 M. gestiegen. Auch war der Verband an einer Anzahl Bewegungen beteiligt. Zu Anfang des Jahres kam die Bewegung der Arbeiter der Firma Webersberg, Hirschbaum & Co. zum Abschluß, welche infolge der Uneinigkeit der beiden sozialdemokratischen Verbände resultatlos verlief. Bei der Firma Hofeinz & Co. in Saan kam es nach wiederholten Differenzen zum Streik. Die Firma suchte das Koalitionsrecht der Arbeiter zu unterdrücken und warf aus nichtsagenden Gründen einen Teil der Arbeiter aufs Straßenpflaster. Jedoch dürfte sie wohl heute die Lehren aus diesem Kampfe gezogen haben. Ferner ist noch hervorzuheben, die Reiderbewegung und ihre Begleitervereinigungen sowie die Bewegung der Fahrradarbeiter der Firma Berner. Kurz vor Jahreschluß wurde noch ein Tarif mit der Firma C. F. Ernst Wittkulle abgeschlossen. Außerdem konnten eine Reihe Differenzen durch den Verband erledigt werden.

Der Beamte nahm im Berichtsjahr an 323 Versammlungen und Sitzungen, sowie an 40 Verhandlungen mit den Fabrikanten teil. Karten und Briefe gingen 773 und Druckfachen 346 ein. An Ausgängen sind 1202 Karten und Briefe und 5181 Druckfachen zu verzeichnen. Zum Schluß wies Kollege Hebborn nochmals darauf hin, unermüdblich weiter zu arbeiten und die noch abseits stehenden Kollegen für den Verband zu gewinnen. In der nachfolgenden Diskussion wurden von einer Reihe Kollegen weitere Anregungen gegeben. Besonders wurde hingewiesen, daß der Vertrauensmännerapparat besser ausgebaut werden müsse, um der Fluktuation der Mitglieder entgegen zu wirken.

Darauf hielt der Bezirksleiter Kollege Schmitz aus Köln einen Vortrag über: „Unsere Aufgaben nach den Reichstagswahlen“. Redner wies darauf hin, daß die Sozialdemokratie bei den letzten Reichstagswahlen 110 Mandate errungen habe. Es sei dieses insofern für die Arbeiterkraft von Bedeutung,

als die Sozialdemokratie, als weitaus stärkste Partei im Reichstag, namentlich zeigen müsse, ob sie gewillt sei, etwas für die Arbeiterschaft zu tun. Versprechungen habe sie genug gemacht. Die Arbeiterschaft wolle jetzt Tatsachen sehen. Leider sei nach dem bisherigen Verhalten der Sozialdemokratie kaum daran zu denken, daß sie jetzt daran gehe, praktische Arbeiterpolitik zu treiben. Die sozialdemokratische Leipziger Volkszeitung habe diesbezüglich schon erklärt, daß die 110 Sozialdemokraten im Reichstag nur zu propagandistischen, also zu agitatorischen Zwecken da seien. Außerdem würden die radikal erzeugten Massen es kaum verstehen, wenn die Sozialdemokratie von jetzt ab reale Politik treiben wolle. Die Sozialdemokratie habe der Arbeiterschaft seit Jahrzehnten den Zukunftsstaat verhießen und sie dadurch von der praktischen Gegenwart abgelenkt. Demgegenüber sei es Aufgabe der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, aufklärend zu wirken und die Arbeiterschaft auf dem Boden der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung zur praktischen Gegenwart zu erziehen. Dieses sei nur möglich, wenn alle Kollegen, mögen sie eine religiöse oder politische Anschauung vertreten, wie sie wollen, an der Stärkung der christlichen Gewerkschaften arbeiten. Besonders sei es notwendig, jetzt, wo die Reichstagswahlen vorüber seien, mit aller Energie in die Agitation unter den weltlichen und jugendlichen Metallarbeitern einzutreten. Die vorzüglichsten Ausführungen des Referenten wurden von der Versammlung mit Begeisterung aufgenommen. Als Kassenrevisor wurden die Kollegen Kallenbach und Sassenreuter neu gewählt. Nach Erledigung eines Antrages sowie einiger geschäftlicher Punkte fand die Tagung mit einem begeisterten Hoch auf den Vorstand ihren Abschluß.

Und nun, Kollegen, heran ans Werk! Tretet in einen allgemeinen Wettbewerb ein. Es gilt, unsere eigene Sache vorwärts zu bringen. Das Jahr 1912 muß uns weitere Fortschritte bringen.

Heilbronn a. N. Tüchtig gearbeitet haben wir im verflossenen Jahre, aber noch mehr zu tun gilt in der kommenden Zeit. Das wurde den Kollegen wieder so recht klar durch den auf unserer Generalversammlung vom Kollegen Kohnke erstatteten Jahresbericht. Abwechselnd wurden in den einzelnen Bezirken unserer Ortsgruppe öffentliche und Mitglieder-versammlungen abgehalten, um die nötige Aufklärung über unsere Bewegung zu verbreiten. Der Erfolg aber wäre zweifellos noch ein größerer und nachhaltiger gewesen, wenn die Kollegen sich samt und sonders mehr und intensiver in der Kleinagitation betätigt hätten. Doch das soll jetzt mit aller Energie nachgeholt werden. Auch aus dem Kassenbericht des Kollegen Franz Stadler war zu ersehen, daß die christliche Arbeiterbewegung hier selbst marschiert. Zum Punkte Neuwahlen gab der Vorsitzende, Kollege Aug. Stadler, bekannt, daß er, weil immer kränkelnd und einer Schonung bedürftig, die Wahl zum 1. Vorsitzenden nicht mehr annehmen könne. Der Vorsitzende des Ortskartells, Kollege Schmidt, unterstützte diese Anregung und gebachte unter dem Beifall der Anwesenden der großen Verdienste des Kollegen Aug. Stadler um unsere Ortsgruppe seit ihrer Gründung. Gewählt wurden sodann die Kollegen Kohnke zum 1. und Aug. Stadler zum 2. Vorsitzenden, Franz Stadler zum Kassierer und Wilh. Knoff zum Schriftführer. Hierauf erstattete der Vorsitzende noch ein kurzes Referat über die Reichsversicherungsordnung und schloß die Versammlung mit dem Wunsche, daß fortan noch mehr wie bisher alle Kollegen zum weiteren Wachsen und Gedeihen der Ortsgruppe nach Kräften tätig sein möchten.

Stromberg-Nauort. Unsere Jahres-Generalversammlung fand am Sonntag den 4. Februar statt. Wie gewöhnlich glänzten wieder eine Anzahl Mitglieder durch Abwesenheit. Aus dem vom Vorsitzenden erstatteten Jahresbericht ging hervor, daß wir heute noch denselben Mitgliederbestand verzeichnen wie schon zu Anfang des Jahres 1911. Dieser Umstand berechtigt wohl zu einer ersten Gewissensprüfung dahingehend, ob im Berichtsjahre in Punkt Agitation von den einzelnen Kollegen das Nötige getan wurde. Jedenfalls aber muß in dieser Hinsicht in Zukunft entschieden noch vieles nachgeholt werden. Versammlungen wurden abgehalten: 9 Mitglieder- und 4 Vorstanderversammlungen. An Einnahmen für die Hauptkasse waren 772 M., an Ausgaben 384,96 M. zu verzeichnen; an die Zentrale gesandt wurden 387,04 M. Die Lokalkasse wies am Schluß des Jahres einen Bestand von 177,24 M. auf. Die Vorstandswahl hatte folgendes Resultat: An die Stelle unseres bisherigen Vorsitzenden Johann Kemp aus Stromberg, welcher wegen seiner Krankheit gezwungen ist den Posten niederzulegen, wurde Kollege Alois Metz aus Nauort gewählt. Dieser wie auch die übrigen wieder- bzw. neugewählten Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner nahmen die Wahl an mit dem Versprechen, ihre Posten auch voll und ganz ausfüllen zu wollen.

Zum Schluß sprach ein Kollege dem erkrankten früheren Vorsitzenden namens der Mitglieder der Ortsgruppe den Dank aus für sein Wirken für unsere Sache vor und während seiner Krankheit. An die Kollegen von Stromberg-Nauort aber ergab sich aus dieser Stelle aus der Appell: Kollegen, beachtet in Zukunft vollständig unsere Versammlungen, ist das Kernorgan, dann wird auch wieder der rechte Eifer und die Begeisterung in unsere Reihen einkehren, die für jeden der für unsere Sache werden will, unerlässlich sind. Und alle sollen und müssen auch mitarbeiten — denn nur dann werden auch wir am Schluß des Jahres von Fortschritten berichten können wie die Kollegen von anderen Orten. Also an die Arbeit!

Frankenthal. Letzte Zahlstelle hielt am Sonntag, den 11. Februar ihre Generalversammlung ab. Leider ließ der Besuch dieser so wichtigen Veranstaltung viel zu wünschen übrig. Man sieht nur immer ein und dieselben Mitglieder in den Versammlungen, jetzt bei der Generalversammlung. Man kann sich kaum eine größere Gleichgültigkeit und Interesslosigkeit denken, wie sie bei den heutigen Kollegen eingetreten ist. Das zeigt auch der diesjährige Jahresbericht. Wenn wir zurückblicken auf das vergangene Jahr, so haben wir in Bezug auf Mitgliederzuwachs nicht viel Ermutliches zu berichten. Es fanden 12 Mitglieder-versammlungen statt, davon sich 3 mit der Arbeitszeitverkürzung beschäftigten und eine mit dem Zusammenschluß der drei Zahlstellen Hohenheim und Oppheim mit Frankenthal. Weiter wurden abgehalten 12 Vorstand- und Vertrauensmänner-versammlungen; davon beschäftigte sich ebenfalls eine mit dem Zusammenschluß der drei Zahlstellen. Die Einnahmen betrugen 217,90 M., an Unterbringungen wurden ansbezahlt 433 M., der Lokalbestand beträgt 265,79 M.

Kollegen, in diesem Jahre muß es anders werden! Das müssen sich besonders diejenigen gegelt sein lassen, die da ihr Heil in der Flucht vor den Versammlungen suchen und sich lieber am Tisch mit Kartenspielen beschäftigen. Kollegen!

weg mit dieser Gleichgültigkeit und Interesslosigkeit; arbeitet im kommenden Jahre fleißig mit an dem Ausbau eurer Organisation. Besucht die Versammlungen, wie es sich für einen Gewerkschaftler geziemt, besonders aber stelle jeder seinen Mann in der Agitation. Wo die Kollegen anderwärts mit vorbildlichem Eifer an der Arbeit für die Ausbreitung und die Stärkung unseres Verbandes sind, können und dürfen wir nicht zurückbleiben. Also frisch ans Werk und der Erfolg wird hier nicht ausbleiben.

Berlin. Unsere Generalversammlung am 18./2. war sehr gut besucht. Der vom Kassierer Kollegen Fährnich erstattete Bericht zeigte, daß 168 Neuaufnahmen zu verzeichnen waren. Leider konnten nur 50, das sind 30 Prozent, davon dem Verbands erhalten bleiben. Ursache dieser starken Fluktuation ist außer dem sozialdemokratischen Terrorismus, daß viele Kollegen nicht auf Grund innerer Ueberzeugung zu uns kamen, sondern deshalb, um durch unsern Nachweis Arbeit zu erhalten. Wenn sie dann in Stellung waren, kehrten sie unserem Verbands wieder den Rücken. Auch gingen 8 Kollegen, die zu dem jetzigen sächsischen Bezirk gehörten und früher als Einzelmitglieder von der Ortsverwaltung Berlin mitgeführt wurden, ab. Ferner gingen 14 Lindenwalder Kollegen, welche frisch gewonnen und in Berlin mitgeführt wurden, dadurch verloren, daß ein Mitglied des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes und der sozialistischen Partei unserm Verbands beitrug und Manipulationen machte, die es den Kollegen unmöglich machten, sich länger als christlich organisierte Arbeiter halten zu können. Der saubere „Genosse“, der diese „Schelentaten“ vollbrachte, heißt Johannes Grille. Zugereist waren 34 Mitglieder; dem standen 75 Abreisen gegenüber; 4 Kollegen sind verstorben. 417 Mitglieder waren am Jahresschluß vorhanden gegen 385 am Jahreschluß 1910. Bei der vom Berliner Kartell veranstalteten Hausagitation gewannen wir 16 Mitglieder.

Die Einnahmen betragen, einschließlich 2100 M. Streik-geldersatzung von der Hauptkasse, 18 015,08 M. gegen 14 387,67 M. im Vorjahr. Die Gesamtausgaben stellten sich auf 16 666,— M. Der Lokalfassenbestand beträgt 1349,08 M. Von den vorausgabten 16 666,— M. entfielen 7462,97 M. auf Unterbringungen, 4749,96 M. wurden der Hauptkasse überwiesen. Der restliche Teil wurde für Zwecke der Ortsverwaltung, besonders bei Gelegenheit der Formerbewegung bezw. der Ausprägung verwendet. Hinsichtlich der Durchschnittsleistung bezüglich Beitrags-, Delegierten- und Lokalfondsbarten wurde bemerkt, daß trotz der erfolgten Besserung immer noch mehr verlangt werden müsse.

Kollege Stranzfeld erstattete dann Bericht von dem Stande der Tätigkeit und seinen Erfahrungen in der Jugendbewegung. Im Anschluß hieran besprach Kollege Winter die Gesamtlage und die sich daraus ergebenden Aufgaben für jeden einzelnen Kollegen. Er kritisierte dabei scharf, daß eine große Anzahl von Mitgliedern sich trotz aller Mahnungen und Bitten der Ortsverwaltung nicht dazu aufraffen könnten, sich in irgend einer Weise für die Entwicklung der Mitgliederzahl zu betätigen. Deutlich habe sich das auch bei den gelegentlich der Ausprägung und der Formerbewegung getroffenen Veranstaltungen gezeigt. Viele Kollegen hätten mit großem Eifer stets mitgearbeitet, aber die Mehrzahl verhalte sich passiv. Gerade in Berlin, wo die Mitglieder nur vereinzelt unter dem roten Massenheer ständen, sei engste Fühlungnahme und rege Beteiligung am Verbandsleben unumgängliche Voraussetzung des Fortschritts. Der alte Vorstand wurde fast vollständig wiedergewählt. Die gestellten Anträge, welche die Agitation unter den Jugendlichen und die organische Ausgestaltung des Agitationsapparats unserer Jugendabteilung, sowie die Wiedereröffnung eines Unterrichtskurses betrafen, wurden in der Weise, wie sie vom Vorstand und der Vertrauensmännerkommission beraten waren, angenommen.

Mit dem Gelobnis, in diesem Jahr die Mitgliederzahl auf 500 zu bringen und daß jeder Kollege in der Richtung nach Kräften mitarbeiten wolle, ging die Versammlung dann nach einem kräftigen Hoch auf den christlichen Metallarbeiterverband aus einander.

Mülheim a. Rh. (Die „Aufgeklärten“ und wie sie „siegten“.) In große Verwirrung wurde die Arbeiterschaft der hiesigen gelegenen Schiffswerft Gebr. Sachsenberg gebracht. Der seit 14 Jahren dort beschäftigte und dem Arbeiterausschuß angehörende Genosse L., führendes Mitglied des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, wurde plötzlich entlassen. Grund: „Grobe Uebertretung der Arbeitsordnung.“ Das durfte von den „Aufgeklärten“ nicht hingenommen werden. Die rote „Seele des Betriebes“ mußte bleiben. — Da gab's nur ein Entweder — Oder. Alles sozialdemokratisch organisiert. (?) Sod die Sozialität! Gewalt geht vor Recht! — Also muß ge- greift werden. Circa 150 Metallarbeiter umschürmten nach der Mittagspause den Betrieb und blieben draußen. Das alles hatte sich in dem räumlich weit ausgedehnten Betriebe so blitzartig vollzogen, daß nur die Wenigsten etwas über die Ursache des in Betracht kommenden Vorkommnisses erfahren hatten. Trotzdem wurden alle, die nicht sofort mitmachten, als Streikbrecher und Verräter verurteilt. Kölner und Mülheimer Polizei zog auf Posten. Es folgten lärmige Versammlungen; doch davon lebt hier der rote Gewerkschaftler. Die Leitung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes kam bei dem Versuch, die gewerkschaftlichen und naturnatürlichen Forderungen in Gefahr, unter die Räder zu geraten. Das ist in Kürze Anfang und Ende einer „Maßregelung“. Genosse L. war und blieb entlassen.

Warum schreiben wir dieses? Weil gerade hier in Mülheimer Industriegebiet ein robustes und radikales Draufgängertum schon des öfteren derartige, die Interessen der Arbeiter schwer schädigende Ausschüsse gemacht hat. Noch in jüngster Zeit stellte ein Vertrauensmann des roten Verbandes den Antrag: „Dine Genehmigung der Verbandsleitung soll im Betrieb die Arbeit niedergelegt werden dürfen.“ Wer mag wohl die Schuld an diesen Erscheinungen tragen?

Dann, als schon alles verloren war, sollte eine gemeinschaftliche Versammlung der bei Sachsenberg in Betracht kommenden Organisationen stattfinden. Darnach lebten wir ab. Nicht weil Genosse L. stets eine besondere „Liebe“ gegen den herzlich gesinneten Mitarbeiter an den Tag gelegt hatte, sondern aus Kernmühsgründen. Aber auch die „Aufgeklärten“ (die größten Schreier zuerst) kehrten bald zum Betrieb zurück. Am dritten Tage war alles gegeben und das Kaufmännische Rheinstromes vernichtete sich mit dem Kopfen der Hammer wie zuvor. Aber nach dem Regenhammer zu jählichen, hatten die Genossen wenigstens die Freude eines Siegestraufes ausgekostet.

Am 25. Februar hielt dann die Verwaltungsstelle des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes ihre Generalversammlung ab. Punkt 2 der Tagesordnung lautete: „Unsere

Taktik bei Bewegungen“. Hoffentlich hat alles das nun eine heilvolle Wirkung für die Zukunft ausgeübt, damit nicht noch einmal eine Bewegung eintritt, die, wie bei Sachsenberg, nach den Worten des Beamten Wiesen für den „Deutschen“ nicht anderes ist, als „eine moralische Ohrfeige“.

Versammlungskalender.

- Kollegen und Kolleginnen!
Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!
- Sonntag, den 16. März.**
- Angsbura. Abends 8 Uhr in der Schützenhalle. Ref. Dr. Roth, tenischer über „Valeurecht“.
 - Berlin. Abends 8.30 Uhr in Schütz-Festhalle, am Stübigsgraben 14a, allgemeine Mitgliederversammlung.
 - Bochlerheide. Abends 8.30 Uhr bei Hennemann.
 - Dortmund-Boch. Abends 6.30 Uhr bei Bant.
 - Düsseldorf-Wilf-Friedrichstr. Abends 9 Uhr bei Mengwasser (Wass), Bilsfelder, Ecke Kronenstr.
 - Düsseldorf-Vennath. Abends 9 Uhr bei Wegener, Mittelstraße.
 - Elberfeld. Abends 8.30 Uhr bei Keller.
 - Essen-Steele-Kamp. Abends 8.30 Uhr in Steele bei Seebou.
 - Flensburg. Abends 8.30 Uhr bei C. Rabe, Martenstr. 1.
 - Freiburg i. Br. Abends 8.30 Uhr Gantenbrun, Schiffstr. 7.
 - Gelsenkirchen-Neustadt. Abends 8 Uhr im Rührthal-Restaurant.
 - Hart-Emicher. Abends 8 Uhr bei Büling.
 - Jugoslavien. Abends 8 Uhr im kath. Vereinshaus.
 - Karlsruhe. Abends 8 Uhr im Palmgarten.
 - Köln-Deutz. Abends 9 Uhr „zur Krone“, Freiheitstraße.
 - Köln-Dumoldt-Kolonie. Abends 9 Uhr bei Gut, Watzstraße.
 - Milse. Abends 8.30 Uhr bei E. Rosenbach, Bärdenstraße.
 - München. Abends 8 Uhr im Lokale „Reichstadt“, Senefelderstr. 11. Fortsetzung der Generalversammlung.
 - Stuttgart. Abends 8.30 Uhr im rathischen König.
- Sonntag, den 17. März.**
- Andernach. Vorm. 11 Uhr im Hotel Hamm.
 - Dortmund-Dortfeld (Jugendliche). Vorm. 11 Uhr bei Sturm.
 - Dortmund-Derne. Vorm. 11 Uhr bei Nagel.
 - Dortmund-Witten. Nachm. 4.30 Uhr bei Wiede, Ankastraße.
 - Dudweiler-Berrenshor. Abends 7.30 Uhr bei Jeller, Südstr. 1. baselst um 7 Uhr Vorstandssitzung.
 - Dvg-Deert. Vorm. 11.15 Uhr bei Zimmer, Kaiserstr. Ref. Kol. Schürpfell.
 - Dülken. Versammlung bei Ammel.
 - Düsseldorf-Klingern. Abends 7 Uhr bei Schmalbaud, Birkenstr. 48.
 - Düsseldorf-Gerresheim. Vorm. 11 Uhr im „roten Hahn“, Grübelingerstraße.
 - Düsseldorf-Grath. Vorm. 11 Uhr bei Schlichting, Kreuzstraße.
 - Düsseldorf-Ratingen. Vorm. 11 Uhr öffentliche Metallarbeiterversamm., bei Strandsberg.
 - Düsseldorf-Neuf. Nachm. 4 Uhr öffentliche Metallarbeiterversamm. im Gesellschafts, Sternstraße.
 - Essen-Altenessen. Abends um 6 Uhr bei Esser.
 - Gade. Nachm. 5 Uhr bei Brinker.
 - Hagen-Wehringhausen. Vorm. 11 Uhr bei Stmon, Vangelstr.
 - Hedderheim. Nachm. 4 Uhr im Weinger Hof. Wichtigster Vortrag. Frauen und Unorganisierte mitbringen. Kollegen, sorgt für Massenbesuch.
 - Hönnigen. Nachm. 4 Uhr bei Schiffermann.
 - Köln-Verwaltungsstelle. Öffentl. Versammlung im Lokale „Deutsches Tommes“, Hammergasse. Referent: Kollege Leupke-Düsseldorf. Erhöhen Pflicht. Sämtliche Sektionsversammlungen fallen aus.
 - Mülheim-Rhein. Vorm. 11 Uhr öffentl. Metallarbeiterversammlung bei Reibholz, Regentenstr. 9.
 - Neuwied. Abends 7.30 Uhr im Lokal „Drei Schmelzer“.
 - Nöberg. Nachm. 4 Uhr bei Ww. Prof. 3 Uhr Vorstandssitzung.
 - Stuttgart-Cannstatt. Im evangelischen Arbeitervereinslokal, Gokenstr. 8.
 - Troisdorf. Morgens 10.30 Uhr bei Goseberg, früher Oberfeld.
 - Vorballe. Morgens 11 Uhr im kath. Vereinshaus.
- Dienstag, den 19. März.**
- Essener Bezirks-Kartell. Abends 8.15 Uhr in der „Erholung“, 2 Hagenstr. 50, Vortragabend mit Lichtbildern „Der heutige Stand der Luftschiffahrt“. Redner: Professor Dr. Damer-Essen.
- Mittwoch, den 20. März.**
- Gelsenkirchen-Dillen. Abends 6.15 Uhr bei Nachbarschulte.
- Donnerstag, den 21. März.**
- Duisburg. Abends 8.30 Uhr bei Kuppels, Banquetmerstraße, Vertrauensmännerversammlung.
 - München-Spengler. Abends 8 Uhr im Lokal „Reichstadt“.
- Samstag, den 23. März.**
- Braunschweig. Berl. in der Magdalenenstraße. Ref.: Herr Sante-Goslar über gewerkschaftliche Neutralität.
 - Dvg-Neudorf. Abends 9.30 Uhr bei Hoferkamp.
 - Eisenach. Abends 8.30 Uhr im Weimarischen Hof.
 - Gebelsberg. Abends 8.30 Uhr bei J. Schüken, Mittelstraße.
 - Hagen. Abends 8.30 Uhr im Kaiseraal außerord. Generalversamm. Ref. Kollege Weller.
 - Mülheim-Dünnwald. Abends 8.30 Uhr bei Müller.
- Sonntag, den 24. März.**
- Berlin-Oberschönweide. Abends 7 Uhr bei Olfch.
 - Duisburg. Vorm. 10.30 Uhr im Burgader, Köhnenstr., große öffentl. Metallarbeiterversammlung. Kollegen sorgt für Massenbesuch.
 - Düsseldorf-Neuf. Vorm. 11 Uhr bei Kreisinger (Schützen), Münsterstr.
 - Düsseldorf-Oberbill. Vorm. 11 Uhr bei Wölges, Ellerstraße.
 - Enschede. Nachm. 2 Uhr bei J. Berg in Enschede; 3 Uhr baselst öffentl. Versammlung. Ref. Kollege Wäcker. Kollegen, sorgt für Massenbesuch.
 - Glabbeek. Nachm. 4 Uhr bei Kortpot (Christl. Gewerkschaftshaus).
 - Köln-Kalk-Jugendklasse. Morgens 11 Uhr bei Hönigsherg, Breuerstr.
 - Mülheim-Werheim u. Brück. Morgens 10.30 Uhr bei Wessel zu Brück.
 - Mülheim-Solweide. Morgens 11 Uhr bei Gösel, Jugendversamm.
 - Mülheim-Deilbrück. Abends 8 Uhr bei Korthildgen mit Frauen.
 - Mülheim-Buchheim. Abends 8 Uhr bei Buch mit Frauen.
 - Mülheim-Ehrum. Abends 7.15 Uhr bei Bed. Ref.: Arbeiterstr. Arbeiter-Vereinsvereinigungen.
 - Niederzissen. Nachm. 4.30 Uhr bei Raab.
 - Schramberg-Jugendliche. Vorm. 10.30 Uhr im kath. Vereinshaus („zum Bären“) außerord. Versammlung.
- Adressen.**
- Graubenz. Die Adresse unseres Vorsitzenden lautet jetzt: Hermann Komalst, Schmied, Klein-Larpen bei Graubenz, Neubörfstr. 8.
 - Stuttgart-Cannstatt. Lokal: Evangelisches Arbeitervereinshaus, Hofenerstr. 8. Dasselbst jeden 3. Sonntag im Monat Versamm.
 - Seidelberg. Die Adresse unseres Vorsitzenden und Kassierers ist ab 26. März: P. Wacker, Kaiserstr. 60.
- Gesucht wird
- tüchtiger verheirateter Feuerschmied ins Allgäu;**
 ferner
einige tüchtige Spengler nach München.
 Näheres Sekretariat München, Fürstenerstraße 4/11.
- Tüchtige Metalldreher**
 auf Armaturen in dauernde und lohnende Beschäftigung gesucht.
Blande & Kall, Leipzig-Blagwitz,
 Armaturenfabrik.
 Sofort gesucht nach einer Stadt Oberbadens
einige tüchtige Blechuer
 Aufträgen sind an unser Verbandsbüro Stuttgart, Urbanstraße 88 zu richten.
 Nach Erfurt werden
Former gesucht.
 Arbeitslose Kollegen erfahren näheres durch den Kollegen G. Dorins, Eriart, Schachmeyerstraße 9.